

Bericht

des Finanzausschusses zur Vorlage der Landesregierung (Nr. 111 der Beilagen) betreffend den Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Jahr 2025 sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2025, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2026 bis 2029 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2025 - LHG 2025) und das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz 2018 (ALHG 2018) geändert wird

Der Finanzausschuss und der Finanzüberwachungsausschuss haben sich in der Sitzung vom 4. Dezember 2024 mit der Vorlage sowie den Berichten der Landesregierung betreffend den Finanzbericht des Landes Salzburg zum 31. August 2024 (Nr. 6 der Beilagen) und 31. Oktober 2024 (Nr. 77 der Beilagen) befasst. Zur Darstellung der Abstimmung über die beiden Finanzberichte wird auf den [Bericht Nr. 163](#) der Beilagen und den [Bericht Nr. 164](#) der Beilagen verwiesen.

Klubobmann Abg. Mag. Mayer verliest die Anträge zu allen drei Tagesordnungspunkten, beantragt die Einleitung der Debatte und Beschlussfassung und bringt folgenden Abänderungsantrag zu Nr. 111 der Beilagen ein:

1. Der vorliegende Landesvoranschlag für das Jahr 2025, unter Berücksichtigung der von der Salzburger Landesregierung vorgelegten Austauschblätter sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2025, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2026 - 2029 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2025 - LHG 2025) und das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz 2018 (ALHG 2018) geändert wird, werden unter Maßgabe folgender Änderungen zum Beschluss erhoben:

Artikel 1

Landesvoranschlag für das Jahr 2025

§ 1

(1) Der Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Haushaltsjahr 2025 wird mit folgenden Gesamtbeträgen festgesetzt:

Ergebnishaushalt:

Erträge

EUR 3.783.380.800

Aufwendun-
gen EUR 4.183.537.400

Finanzierungshaushalt:

Einzahlungen EUR 4.425.978.700

Auszahlungen EUR 4.425.919.200

(2) Die einzelnen Haushaltsansätze, Abschnitte und Gruppen des Finanzierungshaushaltes ergeben sich aus dem Landesvoranschlag, der Bestandteil dieses Gesetzes ist.

Mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung

§ 2

Gemäß Art 15 Abs 1 des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 wird für die Jahre 2026 bis 2029 folgende, auf der Gliederung des Anhanges 2 zum Österreichischen Stabilitätspakt 2012 basierende rechtlich verbindliche mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung festgelegt:

Voranschlagsquerschnitt für das Bundesland Salzburg für die Jahre 2025 bis 2029

	Voranschlag	Finanzvorschau			
	2025	2026	2027	2028	2029
	Summe ohne Quasi-KGs	Summe ohne Quasi-KGs	Summe ohne Quasi-KGs	Summe ohne Quasi-KGs	Summe ohne Quasi-KGs
(in Mio. EUR)					
Mittelaufbringung (Erträge bzw. Einzahlungen und erhaltene Kapitaltransfers)					
10 Einzahlungen aus eigenen Abgaben	206,36	217,84	230,51	238,02	245,92
11 Erträge aus Ertragsanteilen	1.474,69	1.507,80	1.562,09	1.615,89	1.671,29
12 Erträge aus Leistungen, Besitz und wirtschaftl. Tätigkeit	140,29	143,09	145,69	148,60	151,57
13 Erträge aus Veräußerungen und sonstige Erträge	700,45	717,79	735,57	753,78	772,45
14 Nicht finanzierungswirksame operative Erträge					
15 Erträge aus Transfers	1.126,39	1.145,84	1.170,83	1.195,05	1.152,41
16 Finanzerträge	51,45	40,12	39,58	39,07	38,36
17 Erhaltene Kapitaltransfers	12,77	2,63	2,63	2,63	2,63
Summe 1 (Mittelaufbringung bereinigt)	3.712,40	3.775,12	3.886,90	3.993,05	4.034,63
Mittelverwendung (Aufwendungen)					
20 Finanzierungswirksamer Personalaufwand	1.312,69	1.344,83	1.378,32	1.412,66	1.447,85
21 Finanzierungswirksamer Sachaufwand	219,81	217,05	213,80	206,40	204,65
22 Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen, Rückstell.					
23 Transferaufwand	2.418,14	2.515,23	2.563,57	2.604,00	2.653,19
24 Finanzaufwand	44,83	58,76	72,00	87,80	102,18
29 Summe 2 (Mittelverwendung bereinigt)	3.995,47	4.135,86	4.227,69	4.310,85	4.407,87
Vermögensbildung (Sachanlagevermögen), inkl. Vorräte					
30 Immaterielle Vermögenswerte und Sachanl. (Zug./Ausz.)	197,38	189,41	59,86	62,13	74,87
31 Immaterielle Vermögenswerte und Sachanl. (Abg./Einz.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
32 Vorräte (Saldo/Auszahlungen)	0,36	0,36	0,36	0,37	0,37
39 Summe 3 (Vermögensbildung bereinigt)	197,73	189,77	60,22	62,50	75,24
49 Saldo	-480,81	-550,51	-401,02	-380,30	-448,48
Überrechnung Quasi-Kapitalgesellschaften (Quasi-KG)	-6,90	-12,70	-9,54	-2,82	1,81
60 FINANZIERUNGSSALDO	-487,71	-563,22	-410,56	-383,12	-446,67

Krankenanstalten (im wirtschaftlichen Eigentum des Landes, unabhängig von ihrer Rechtsform)

	in Mio. EUR				
Verbindlichkeiten am Jahresende:					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7,19	15,22	15,27	15,27	15,27
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land/der Gemeinde	30,59	30,59	30,59	30,59	30,59
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30
Alle oben nicht erfassten Verbindlichkeiten (einschl. Rückstell.)	549,64	549,64	549,64	549,64	549,64
Summe Verbindlichkeiten	587,73	595,75	595,80	595,80	595,80
Personal:					
Jahresdurchschnitt der Vollbeschäftigungsäquivalente	5.650	5.650	5.650	5.650	5.650

Landesimmobiliengesellschaft

	in EUR				
Verbindlichkeiten am Jahresende:					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land/der Gemeinde	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0
Summe Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0
Personal:					
Jahresdurchschnitt der Vollbeschäftigungsäquivalente	0	0	0	0	0

Die vorstehenden Tabellen stellen eine Grobplanung im Sinne des Art 15 Abs 1 des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 dar, weswegen sich im Einzelfall die jeweiligen Daten nur aus wichtigen Gründen (§ 5 Abs 3 des Allgemeinen Landeshaushaltsgesetzes 2018) ändern können.

Haftungsobergrenzen

§ 3

Gemäß den §§ 31 Abs 2 und § 45 Abs 8 ALHG 2018 werden für die Jahre 2025 bis 2029 die folgenden zulässigen Haftungsobergrenzen festgelegt (Beträge in Mio Euro):

	Ausgangswert für 2025	Schätzwert für 2026	Schätzwert für 2027	Schätzwert für 2028	Schätzwert für 2029
Einzahlungen Abschnitte 92 und 93 im zweitvoran- gegangenen Jahr	1.504,7	1.573,3	1.564,4	1.604,4	1.666,7
Haftungsobergrenze (=175% davon)	2.633,2	2.753,3	2.737,7	2.807,7	2.916,8

Ermächtigung der Landesregierung zur Vornahme von Umschuldungen und vorzeitigen Tilgungen

§ 4

Die Landesregierung wird ermächtigt, wenn dies aus Gründen der Risikoreduktion (Kredit-, Markt- oder Reputationsrisiko) für das Land oder aus Gründen besonders günstiger vorzeitiger Rückzahlungskonditionen für das Land vorteilhaft ist, Umschuldungen und vorzeitige Tilgungen vorzunehmen, indem Finanzschulden vorzeitig zurückgezahlt werden dürfen, sofern die dadurch gleichzeitig erforderlich werdende Darlehensneuaufnahme niedriger oder jedenfalls nicht höher ist als das Tilgungsausmaß (Kapital, Zinsen, Gebühren) der vorzeitigen Rückzahlung oder gar keine Darlehensneuaufnahme erforderlich ist. Wenn die vorgenannten Bedingungen eingehalten werden, dürfen die Darlehensaufnahmeermächtigungen und das Tilgungsausmaß beim Haushaltsansatz 95000 (Schuldenmanagement) in diesem Ausmaß überschritten werden. Eine Erhöhung des Schuldenstandes des Landes ist in diesem Zusammenhang unzulässig. Außerdem ist darauf Bedacht zu nehmen, dass sich durch solche Umschuldungen insgesamt gesehen keine substantziellen Verlängerungen der Laufzeiten der Finanzschulden des Landes ergeben.

In- und Außerkrafttreten

§ 5

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Jänner 2025 in Kraft und verliert mit Ausnahme der §§ 2 und 3 mit Ablauf des 31. Dezember 2025 seine Wirksamkeit.

(2) Die §§ 2 und 3 treten erst nach Maßgabe des Inkrafttretens einer neuen rechtlich verbindlichen mittelfristigen Orientierung der Haushaltsführung bzw Festlegung der Haftungsobergrenzen außer Kraft.

ANLAGE

LANDESVORANSCHLAG 2025

Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen auf erster Ebene für den Gesamthaushalt

Ergebnisvoranschlag für den Gesamthaushalt

(in EUR)		
MVAG	Bezeichnung	VA 2025
Erträge		
211	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2.584.240.400
212	Erträge aus Transfers	1.127.269.900
213	Finanzerträge	71.870.500
21	Summe Erträge	3.783.380.800
Aufwendungen		
221	Personalaufwand	1.317.469.400
222	Sachaufwand (ohne Transferaufwand)	317.216.000
223	Transferaufwand (lauf. Transfers u. Kapitaltransfers)	2.452.608.800
224	Finanzaufwand	96.243.200
22	Summe Aufwendungen	4.183.537.400
Nettoergebnis (21 - 22)		-400.156.600
230	Zuweisungen und Entnahmen von Haushaltsrücklagen	
Nettoerg. nach Zuw. und Entn. v. HaushaltsRL		
(Saldo 0+/-230)		-400.156.600

Finanzierungsvoranschlag für den Gesamthaushalt

Ebene Bereichs-/Globalbudgets (MVAG-Ebene 1)

(in EUR)

MVAG	Bezeichnung	VA 2025
Operative Gebarung		
Einzahlungen		
311	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2.537.669.500
312	Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)	1.119.221.000
313	Einzahlungen aus Finanzerträgen	55.041.700
31	Summe Einzahlungen operative Gebarung	3.711.932.200
Auszahlungen		
321	Auszahlungen aus Personalaufwand	1.317.135.200
322	Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)	228.536.300
323	Auszahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)	2.056.227.900
324	Auszahlungen aus Finanzaufwand	57.354.200
32	Summe Auszahlungen operative Gebarung	3.659.253.600
Saldo (1) Geldfluss aus der op. Gebarung (31 - 32)		52.678.600
Investive Gebarung		
Einzahlungen		
331	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	118.400
332	Einzahl. a.d. Rückz. v. Darlehen sow. gew. Vorschüssen	84.160.400
333	Einzahlungen aus Kapitaltransfers	12.767.700
33	Summe Einzahlungen investive Gebarung	97.046.500
Auszahlungen		
341	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	207.125.300
342	Auszahlungen von gew. Darlehen sowie gew. Vorschüssen	77.108.100
343	Auszahlungen aus Kapitaltransfers	361.916.200
34	Summe Auszahlungen investive Gebarung	646.149.600
Saldo (2) Geldfluss aus der inv. Gebarung (33 - 34)		-549.103.100
Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)		-496.424.500
Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen		
351	Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	607.000.000
352	Einzahl. a.d. Aufnahme v. z. Kassenst. eingeg. Geldverb.	
353	Einzahl. inf. e. Kap.tausch bei deriv. Fin.instr. mit GG	
355	Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzinstrumenten	10.000.000
35	Summe Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	617.000.000
Auszahlungen		
361	Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	120.516.000
362	Auszahl. zur Tilgung v.z. Kassenstärk. eingeg. Geldverb.	
363	Auszahl. inf. e. Kap.tausch b. deriv. Fin.inst. mit GG	
365	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzinstrumenten	
36	Summe Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	120.516.000
Saldo (4) Geldfluss aus der Finanz.tätigkeit (35 - 36)		496.484.000
Saldo (5) Geldfluss a.d. voranschlagswirk. Geb. (Saldo 3 + Saldo 4)		59.500

Artikel 2

Das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz 2018, - ALHG 2018, LGBL Nr 10/2018, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL Nr 12/2024, wird geändert wie folgt:

1. Im § 46 wird angefügt:

„(5) § 47 Abs 5 in der Fassung des Gesetzes LGBL Nr XX/2025 tritt mit 1. Jänner 2025 in Kraft.“

2. Im § 47 werden folgende Änderungen vorgenommen:

2.1 Im Absatz 5 wird die Jahreszahl „2024“ durch die Jahreszahl „2025“ ersetzt.

2. Die Einhaltung der Grundsätze des § 2a des Bundesfinanzierungsgesetzes (BFinG) wird bestätigt.

Klubobmann Abg. Mag. Mayer hält dazu erläuternd fest: Am 14. November 2024 habe die Budgetklausur der Landesregierung stattgefunden. In dieser seien die letzten Festlegungen der Landesregierung zum Landesvoranschlag 2025 getroffen worden. Daraufhin sei der Landesvoranschlag erstellt und dem Landtag zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt worden. In der Zwischenzeit seien zwei Ereignisse eingetreten, die es erforderlich machten, den eingereichten Landesvoranschlag (LVA) 2025 und die Vorlage zum Landeshaushaltsgesetz (LHG) 2025 abzuändern. Am 29. Oktober 2024 habe das Bundesministerium für Finanzen eine an die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung angepasste Ertragsanteilsprognose an die Länder und Gemeinden übermittelt. Diese weise im Vergleich zur für die Budgetierung herangezogenen Prognose vom Juli 2024 deutliche Rückgänge (rd. minus € 40 Mio.) auf, die eine Anpassung der Erträge/Einzahlungen im Bereich der Ertragsanteile erforderlich machten. Von dieser Korrektur seien auch die Landesumlage sowie die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden (Gemeindesaufgleichsfonds) betroffen. Zudem habe die Volksbefragung vom 10. November 2024 zum Projekt S-LINK ein negatives Ergebnis gebracht. Dies bedeute, dass im Jahr 2025 geringere Aufwendungen für dieses Projekt anfielen. Diese Veränderung sei ebenfalls berücksichtigt worden. Um den Anstieg des Schuldenstandes aufgrund der reduzierten Einnahmen aus den Ertragsanteilen im Vergleich zum ursprünglich eingereichten LVA 2025 in Grenzen zu halten, seien auf der Einnahmenseite zusätzliche Erträge aus Dividenden (Sonderdividende Salzburg AG) und Erlöse aus der vorzeitigen Auflösung eines Wertpapiers (Wohnbaubankveranlagung, ursprüngliche Laufzeit 03/2027) berücksichtigt worden. Im Rahmen des Abänderungsantrags solle auch eine nichtfinanzierungswirksame Korrektur im Ergebnishaushalt betreffend die Auflösung einer Rückstellung für die Förderzusage des Landes zur Sanierung und Erweiterung der Festspielhäuser durchgeführt werden. Durch die oben angeführten Änderungen sei die Vorlage für ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2025, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2026 bis 2029 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2025 - LHG 2025) und das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz 2018 geändert wird, zu adaptieren. Die notwendigen Änderungen betreffen fast durchgängig die im Entwurf ausgewiesenen Tabellen und Werte.

Landeshauptmann Dr. Haslauer schildert, dass der Landesvoranschlag 2025 im Ergebnishaushalt Erträge von € 3,783 Mrd. sowie Aufwendungen von € 4,183 Mrd. aufweise und damit im Ergebnis ein Minus von € 400 Mio. vorliege. Der Finanzierungshaushalt weise eine Summe von € 4,425 Mrd. aus. Das Nettoergebnis im Ergebnishaushalt von minus € 400 Mio. sei dahingehend zu interpretieren, dass sich das Eigenkapital, also das Nettovermögen im Haushalt 2025, voraussichtlich um diesen Betrag reduziere. Die Entwicklung des Zinsniveaus und damit die Höhe der Pensionsrückstellungen hätten dabei einen maßgeblichen Einfluss gehabt. In den Aufwendungen seien Abschreibungen von € 87,8 Mio. und Personalarückstellungen von € 34,4 Mio. enthalten. Die Bedeckung des Nettofinanzierungssaldos in Höhe von minus € 496 Mio. erfolge durch eine Nettoneuverschuldung in Höhe von € 487 Mio. Die verbliebene Differenz von € 10 Mio. werde durch die vorzeitige Auflösung einer Festgeldveranlagung gedeckt. Nach intensiven Beratungen bei der Budgetklausur der Landesregierung am 14. Oktober 2024 sei eine Vorlage der Landesregierung erarbeitet worden, die im Ergebnis eine Nettoneuverschuldung von € 475 Mio. zum Ergebnis gehabt habe. Allerdings habe zwei Wochen später das Bundesministerium für Finanzen eine Ertragsanteilsprognose an die Länder und Gemeinden übermittelt, die im Vergleich zu der für die Budgetierung herangezogene Prognose vom Juli 2024 deutliche Rückgänge bei den Ertragsanteilen in Höhe von € 40 Mio. aufgewiesen habe. Diese Korrektur habe Auswirkungen auch auf die Landesumlage sowie die Bedarfszuweisungen an die Gemeinden. Es sei daher erforderlich gewesen, das Zahlenwerk des Haushalts nochmals zu überarbeiten, wobei der Ertragsanteilsrückgang von € 40 Mio. durch den Wegfall der für 2025 ursprünglich budgetierten Aufwendungen für die Umsetzung des S-LINK-Projektes, der vorzeitigen Auflösung eines Wertpapiers aus einer Wohnbaubankveranlagung und einer erhöhten Dividende der Salzburg-AG mit jeweils rund € 10 Mio., also in Summe rund € 30 Mio., abgedeckt werden können. Die geplante Neuverschuldung komme daher statt bei € 475 Mio. bei rund € 487 Mio. zu liegen. Die diesbezüglich erforderlichen Änderungen im Landesvoranschlag 2025 und der Vorlage zum Landeshaushaltsgesetz 2025 lägen dem Landtag in Form von Austauschblättern zusätzlich zu den übermittelten Konvoluten an Ausdrucken des Landesvoranschlags und den PDF-Dateien vor. Der Erstellung des Haushalts seien umfangreiche Planungen und Verhandlungen vorangegangen. Eines der Ziele sei gewesen, das System der sogenannten Überbudgetierung, also der zu hohen Budgetansätze, denen im Rechnungsabschluss schließlich weitaus geringere Ausgaben gegenüberstünden, auf ein treffsicheres Budgetierungssystem umzustellen. Die diesbezüglichen Optimierungsmaßnahmen seien das ganze Jahr über entwickelt worden und hätten auch in den Einreichungen zum Budget bereits ihren Niederschlag gefunden. In den Budgetverhandlungen selbst sei es dann darum gegangen, die aus den Anmeldungen resultierende Neuverschuldung von insgesamt € 800 Mio. auf ein zu bewältigendes Ausmaß zu bringen. Dies sei letztlich auch mit der nun vorliegenden Neuverschuldung von rund € 487 Mio. gelungen. Sein Dank gelte Herrn Hofrat Dr. Huber, Dr. Stöckl, Frau Buttinger und dem gesamten Team der Abteilung 8 und des Budgetreferates für den intensiven Einsatz und die Kompetenz, die sie in all diesen Gesprächen und Vorarbeiten gezeigt hätten. Der Dank gelte auch den Regierungskolleginnen und -kollegen, die mit einem hohen Maß an Verantwortungsbewusstsein den schmalen Grat zwischen wünschenswerter Weiterentwicklung und vielen angedachten Projekten einerseits und den aufgrund der

budgetären Entwicklung notwendigen Einsparungen andererseits mitgegangen seien. Die Abteilungen hätten sich bei den Erläuterungen sehr bemüht, die Nachvollziehbarkeit der einzelnen Ansätze soweit als möglich verständlich zu machen. Im Großen und Ganzen sei hier ein ganz guter Standard erreicht worden. Die Budgeterstellung sei in einem schwierigen wirtschaftlichen und politischen Umfeld erfolgt. Abgesehen davon, dass im zweiten Jahr in Folge die Wirtschaftsleistung gesunken sei, man sich also nach wie vor in einer Rezession befinde, habe die Rekordinflation und die Zinsentwicklung vor allem im Jahr 2023 zu Rekordlohnabschlüssen und Teuerungen in allen Bereichen sowie zu enormen Belastungen von Unternehmen und privaten Haushalten geführt. Diese Entwicklung habe sich 2024 in abgeschwächtem Ausmaß fortgesetzt. Im Juni 2024 habe die EZB erstmals seit fünf Jahren ihren Leitzinssatz um 0,25 Prozentpunkte gesenkt, mit einer zweiten Senkung im September 2024 habe sich der Leitzinssatz auf 3,5 % reduziert, was immer noch einen sehr hohen Wert darstelle. Für 2024 werde die Jahresinflation für Österreich mit 3,4 % prognostiziert. Aktuell liege sie für November 2024 bei 1,9 %. Die Arbeitslosigkeit österreichweit sei auf 7,1 % gestiegen. Salzburg sei in diesem Umfeld immer noch das erfolgreichste österreichische Bundesland mit der geringsten Arbeitslosigkeit von 3,9 - 4 % und dem höchsten Bruttoregionalprodukt von allen österreichischen Bundesländern. Die Prognosen für 2025 gingen von einer Teuerungsrate von 2,2 % und einer Zinsentwicklung beim Einlagesatz der EZB in Richtung 3 % aus. Es werde angenommen, dass es eventuell noch im Dezember einen Zinsschritt geben werde, jedenfalls aber 2025. Im Landeshaushalt seien Ausgabensteigerungen zwischen 1 und 2,5 % eingestellt worden. Für Darlehensaufnahmen im Jahr 2025 sei ein Zinssatz von 3,5 % angenommen worden und in der mittelfristigen Finanzplanung ab 2026 ein Zinssatz von 3 %. Die Inflationsrate werde dabei für 2025 mit 2,2 % angenommen. Die Industrie komme momentan nicht vom Fleck. Grund dafür sei eine tiefgehende Verunsicherung in der Bevölkerung, nicht nur in Österreich, sondern in vielen europäischen Ländern. Da sei zunächst einmal die Entwicklung in Deutschland, das natürlich wirtschaftspolitisch für Österreich nach wie vor von größter Bedeutung sei. Die deutsche Autoindustrie sei in einem Umstrukturierungsprozess und habe erhebliche Probleme. Dazu komme das Platzen der Koalitionsregierung in Berlin und insgesamt auch erhebliche Wachstumsprobleme. Beim verheerenden Krieg in der Ukraine scheine kein Ende in Sicht zu sein, vom Krieg im Nahen Osten gar nicht zu sprechen. Mit dem Ergebnis der Wahl in den USA stünden Zoll- und Handelsbarrieren zum Nachteil Europas an. Es sei mit einer stark protektionistischen Politik der USA zu rechnen, was die Stimmung weiter trübe. Die Verunsicherung in der Bevölkerung selbst habe mehrere Gründe. Etwas womit niemand mehr gerechnet habe, sei zurückgekehrt, nämlich ein konventioneller Krieg mitten in Europa, hohe Inflation und hohe Zinsen. Die technologische Entwicklung im digitalen Bereich, auch im Hinblick auf die Künstliche Intelligenz, werde von vielen weniger als Chance, sondern mehr als Bedrohung empfunden. Das Thema der Migration und der damit verbundenen Änderung der Bevölkerungsstruktur in kultureller, sozialer aber auch religiöser Hinsicht bereite vielen Menschen Sorge und trage zur Verunsicherung bei. Die mentalen Folgen der Pandemie seien nicht ganz überwunden, ein Teil der Bevölkerung wende sich von den demokratischen, rechtsstaatlichen Strukturen völlig ab. Der Klimawandel mache vielen Menschen Angst, die auch gezielt befeuert werde. Zunehmende Insolvenzen und Kündigungen von Arbeitsverhältnissen trügen weiter zur Verunsicherung bei. Die gegenwärtige Geisteshaltung, die nicht davon geprägt sei, dass

es unseren Kindern einmal besser gehen, sondern dass sie es nicht schlechter haben sollten, sei eine defensive, angstvolle Grundhaltung, die nicht der ideale Nährboden für Aufbruch und eine wirtschaftliche Vorwärtsbewegung sei. All dies zeige sich eindrucksvoll darin, dass trotz Kompensation der Teuerung durch Lohnabschlüsse, Anstieg der Pensionen und vielfache Unterstützungspakete der Bundesregierung und der Länder die Sparquote von 8 % auf 11,4 % gestiegen sei, was selbst nach Einschätzung von Banken viel zu hoch sei. Dieses aus Unsicherheit gehortete Geld führe dazu, dass der Konsum nicht anspringe und die Industrie nicht jene Auftragszahlen habe, die sie für eine wirtschaftliche Erholung benötige. Als einzige Ausnahme seien Tourismus, Hotellerie und Gastronomie zu erwähnen. Nach der Sommersaison 2024, die von den Nächtigungen her die zweitbeste Sommersaison gewesen sei, schaue die Buchungslage für den Winter auch vielversprechend aus, zumindest bis inklusive Februar. Die schleppende Konjunkturlage bedeute, dass einnahmenseitig, also bei den Ertragsanteilen, die Gebietskörperschaften, vom Bund über die Länder bis hin zu den Gemeinden, erhebliche Probleme hätten. Dies werde durch die Abschaffung der kalten Progression noch verstärkt. Diese für die Steuerzahler zwar erfreuliche Maßnahme schlage sich in verminderten Einnahmen für das Land nieder. Der Handlungsspielraum des Landes um hier gegenzusteuern, sei einigermaßen eng. Dies geschehe nach Kräften, indem antizyklisch investiert, andererseits aber auch ein hohes Maß an Ausgabendisziplin angestrebt werde. Die Kernaufgabe sei die Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes im Hinblick auf Investitionsbegünstigungen, Lohnnebenkosten und Deregulierung sowie Verfahrensbeschleunigung. Dies seien die wesentlichen Aufgaben, der sich eine künftige Bundesregierung zu stellen habe. Er hoffe sehr, dass die Koalitionsverhandlungen in Wien in dieser Hinsicht auch konkrete Ergebnisse brächten. Das Budget 2025 weise die höchsten Investitionen auf, die das Land jemals in einem Jahr getätigt habe. Mit rund € 680 Mio. setze das Land Salzburg einen kräftigen Investitionsimpuls zur Aufrechterhaltung der Konjunktur, zur Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit. Nichts sei so teuer für ein Land wie hohe Arbeitslosigkeit und nichts sei mit so großen persönlichen Einschnitten verbunden wie Arbeitslosigkeit. Diese zu vermeiden müsse generelles Ziel jeder Regierung sein. Das Budget stehe unter dem Motto „Investieren, Aufbauen, Konsolidieren“, das bedeute investieren in die Infrastruktur der Zukunft. Es würden Bereiche ausgebaut, wo besondere Handlungsnotwendigkeiten gesehen würden und konsolidiert, wo es möglich sei. So werde im Interesse des Klimaschutzes und im Interesse der Mobilität der Salzburgerinnen und Salzburger massiv in den öffentlichen Verkehr investiert und die Salzburger Lokalbahn ausgebaut sowie die Pinzgaubahn wiederhergestellt. Es werde in zeitgemäßes Waggon-Material für die Lokalbahn investiert. Hierfür würden € 80 Mio. aufgewendet, weitere € 20 Mio. für die Straßenerhaltung und € 17 Mio. für die Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen der Sanierung des Schmittentunnels. Für die Wohnbauförderung stünden inklusive Bundesmittel knapp € 189 Mio. zur Verfügung. Das sei eine Steigerung um € 14 Mio. Diese finanzielle Ausstattung falle mit der Novelle der Wohnbauförderung 2025 zusammen, die ein ganz klares Ziel vor Augen habe, nämlich den Salzburgerinnen und Salzburger günstigeren Wohnraum im Bereich Eigentum und Miete zu ermöglichen. Im Jahr 2025 werde das Land beim Neubau des Landes-Dienstleistungszentrums einen wesentlichen Baufortschritt verzeichnen. Dafür werde im nächsten Jahr € 108 Mio. ausgegeben, um für eine zeitgemäße, sichere, kundenfreundliche Verwaltung zu sorgen und den Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern optimale Arbeitsbedingungen zu bieten. Dieses Gebäude werde in jeglicher Hinsicht das modernste Verwaltungsgebäude Österreichs werden. Weiters werde mit mehr als € 68 Mio. in den Ausbau der Spitäler investiert und rund € 40 Mio. in Kulturbauten. Für Maßnahmen im Bereich der Pflege aus der Pflegeplattform II seien 2025 € 31,7 Mio. vorgesehen, für die Pflege insgesamt € 278,4 Mio. Den größten Anteil am Budget hätten die Bereiche Gesundheit und Krankenanstalten mit rund € 1,34 Mrd. und einer Steigerung gegenüber 2023 von 13 %, das seien € 157 Mio. Rund die Hälfte des Haushaltes gingen also in die Bereiche Gesundheit mit € 1,34 Mrd. und den Sozialbereich mit € 692 Mio. In diesen Bereichen gäbe es auch die größten Steigerungen: Gesundheit plus € 154 Mio., Soziales plus € 37 Mio., Wohnbauförderung plus € 14 Mio., Kinderbetreuung plus € 13 Mio. und die Steigerungen im Personalbereich inklusive der Bediensteten bei den Krankenanstalten machten immerhin € 79 Mio. aus. Eine der größten strategischen strukturellen Herausforderungen sei die Bewältigung des Energiewandels. Durch den Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland und den generellen Ausstieg aus Kohle und Gas treffe eine Systemumstellung auf volatile Energiequellen wie Windkraft und Photovoltaik einerseits, auf eine enorme Steigerung des Strombedarfes andererseits. Man rechne damit, dass sich der Strombedarf in den nächsten 15 Jahren in Salzburg verdoppeln werde. Dies erfordere eine Verdreifachung der Erzeugungskapazitäten, weil diese eben nicht immer zur gleichen und zur erforderlichen Zeit produzierten. Gleichzeitig brauche es eine Vervierfachung der erforderlichen Flexibilität in der Zuschaltung der verschiedenen Erzeugungsquellen. Dabei seien gigantische Investitionen in die Stromerzeugung, vor allem aber auch in die Netze und Umspannwerke erforderlich, weil ohne diese der zusätzliche Strom nicht transportiert werden könne. Aus diesem Grund investiere die Salzburg AG allein im Jahre 2024 über € 320 Mio., im Jahre 2025 mehr als € 340 Mio., in den nächsten Jahren insgesamt rund € 1,7 Mrd. Diese Investitionen gingen zu einem Drittel in die Netze, zu einem weiteren knappen Drittel in die Stromerzeugung, der Rest in die Wärme, Digitalisierung und in den Verkehrsbereich. Mit den enormen Investitionen des Landes im Jahre 2025 und den Investitionen der Salzburg AG werde mehr als € 1 Mrd. in Salzburgs Wirtschaft investiert, was einen ganz kräftigen antizyklischen Impuls gegen die Rezession darstelle. Die Salzburg AG werde 2024 aus mehreren Gründen ein gutes Ergebnis schreiben. Die Wasserführung sei mehr als 15 % über Plan, was sich im Energieertrag auswirke. In Folge des Abflachens der Inflation sei es zu geringeren Pensionsrückstellungen und in Summe auch zu weniger Aufwand gekommen. Die Salzburg AG habe im Jahre 2022 keine Dividende ausgeschüttet, 2023 die Mindestdividende von 35 %. Es werde damit gerechnet, dass die Salzburg AG, trotz ihres enormen Investitionsprogramms für 2024, im Jahr 2025 eine Dividende von knapp über 50 % des Gewinnes ausschütten könne. Dies werde helfen, die durch die Kürzung der Ertragsanteilsprognose aufgetauchte Lücke im Budget abzumindern. Damit lande das Geld, das von den Salzburgerinnen und Salzburgern, also von den Kunden der Salzburg AG stamme, letztendlich wieder bei der Bevölkerung, weil damit die Aufwendungen im Bereich der Spitäler, im Sozialwesen und in der Kinderbetreuung etc. mitbedeckt werden könnten. Die Salzburg AG senke aber auch die Preise und gebe dieses gute Ergebnis zum Teil an ihre Kundinnen und Kunden weiter. In diesem Zusammenhang sei es natürlich extrem ärgerlich, dass zusätzlich zur Wiedereinführung der ausgesetzten Steuern auf elektrische Energie eine signifikante Erhöhung der Netzentgelte dazu führe, dass trotz Strompreisreduktion der Strombezug für den Endkonsumenten

in Summe teurer werde. Hier brauche es vor allem im Hinblick auf die Netzentgelte unbedingt eine nochmalige Revision der in Aussicht genommenen Erhöhung. Dafür mache er sich mit allen Landeshauptleuten auch bei der Bundesregierung stark. Sollte die Salzburg AG tatsächlich für 2024 ein so gutes Ergebnis erzielen wie sich derzeit abzeichne, dann sei es mit den beiden Strompreissenkungsschritten vom Juli und November 2024 und jenen zum 1. Jänner 2025 nicht getan. Es müsse weitere Strompreissenkungen geben, und zwar sowohl für Haushalte als auch für das Gewerbe. Die gewaltigen Investitionen im Voranschlag 2025 aber auch die Steigerungen im Gesundheits- und Sozialbereich seien nicht aus den laufenden Erträgen aus dem operativen Betrieb zu schultern. Der operative Betrieb erwirtschaftete ca. € 52 Mio. an Überschuss. Damit könnten Investitionen in der Höhe von rund € 680 Mio. natürlich nicht finanziert werden, sodass eine Neuverschuldung unumgänglich sei. Die Alternative, nicht zu investieren, sei aus mehreren Gründen keine Wahlmöglichkeit. Einerseits seien etliche Projekte nach langer Vorbereitung schon mitten in der Umsetzung und könnten auch gar nicht mehr gestoppt werden, ohne einen enormen Schaden zu verursachen. Andererseits wäre eine derartig defensive Budgetpolitik äußerst schlecht für den Wirtschaftsstandort. Gerade jetzt seien die Wirtschaft und die damit verbundenen Arbeitsplätze auf Investitionen der Öffentlichen Hand in besonderer Weise angewiesen. Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2013 hätten gemeinsam mit Finanzreferent Christian Stöckl die Schulden des Landes von rund € 2,2 Mrd. um mehr als die Hälfte, also auf etwa € 1 Mrd., abgebaut werden können. Durch die Rezession und die vielen bereits angeführten Umstände habe sich das Blatt 2023 gewendet. Seit langer Zeit hätten wieder neue Verbindlichkeiten eingegangen werden müssen, die per 31. Dezember 2023 zu einem Schuldenstand von € 1,272 Mrd. geführt hätten. Aus derzeitiger Sicht sei damit zu rechnen, dass die Schulden des Landes mit Jahresende 2024 bei € 1,7 Mrd. zu liegen kämen, Ende 2025 dann bereits bei € 2,1 Mrd. Dabei sei zugrundegelegt, dass durch konsequenten Vollzug nicht die gesamte budgetierte Neuverschuldung von € 487 Mio., sondern eine Neuverschuldung von rund € 400 Mio. erforderlich sein werde. Das bedeute, dass der Spielraum, der in den Jahren seit 2013 geschaffen worden sei, zur Konjunkturstärkung und -belebung im Wege von erheblichen Investitionen ausgeschöpft werde. Man dürfe dabei aber die Augen nicht davor verschließen, dass ein derartiges Maß an Neuverschuldung auf Dauer für das Land Salzburg nicht zu bewältigen sein werde. Daher sei unbedingt auch in den kommenden Jahren eine Budgetkonsolidierung erforderlich. Dies bedeute, dass man sich sehr genau ansehen werde, welche neuen Projekte in Angriff genommen würden, wie man aber auch bei vorhandenen Ausgabenpositionen konsequenter für Einsparungen und Straffungen sorgen könne. Es seien auch deutliche Einsparungen im Budget 2025 getroffen worden, etwa bei den Verstärkungsmitteln, aber auch in kleinen Bereichen, wie etwa im Bereich der Repräsentation, vielen anderen Ansätzen, auch bei der Klubförderung. Im Jänner 2025 werde man sich in einer Regierungsklausur mit dieser Problematik auseinandersetzen und den gesamten Haushalt auf weitere Optimierungspotentiale durchforsten, die dann in den kommenden Budgets ihren Niederschlag finden würden. Dazu solle auch eine Aufgabenreform beitragen, bei der man im Wege des verstärkten Einsatzes digitaler Instrumente, auch von Künstlicher Intelligenz, im Sinne der Prozessoptimierung und Verwaltungsvereinfachung sowie einer Aufgabenreduktion die überantworteten Aufgaben durchforsten, im Hinblick auf Notwendigkeit und

Erforderlichkeit überprüfen, aber auch die Abläufe vereinfachen wolle. Angesichts der dramatischen Entwicklung der Personalkosten habe man sich auch entschlossen, beim Personalstand von den rund 300 bis 400 jährlichen Neubesetzungen bzw. Abgängen 100 nicht nachzubeseetzen, um die Kostensteigerungen im Personalbereich abzumildern. Tatsache sei, dass das Land Salzburg im Hinblick auf den Österreichischen Stabilitätspakt, trotz eines Guthabens von € 620 Mio. am Kontrollkonto, bei einer weiterhin so dynamischen Entwicklung der Neuverschuldung in der Folge nicht den Kriterien des Stabilitätspaktes entsprechen werden könne. Ein Konsolidierungspfad sei daher unumgänglich. Die Landesregierung lege ein Budget für das Jahr 2025 vor, das von folgenden Merkmalen gekennzeichnet sei: Der Gesundheits- und Sozialbereich sei für dieses Budget prägend. Rund die Hälfte der Aufwendungen flößen in diesen Bereich, bei einer merklichen Ausgabendynamik. Dieses Budget sei geprägt von großen Investitionen und Weichenstellungen in die Infrastruktur des Landes, um die Konjunktur anzukurbeln, aber auch um die Spitzenposition Salzburgs weiterhin zu halten. Die Entwicklung der Verbindlichkeiten des Landes erfordere massive Konsolidierungsmaßnahmen, um auch in Zukunft beiden Zielen gerecht zu werden, nämlich der sparsamen Verwendung von Mitteln einerseits, andererseits aber auch der Finanzierung wesentlicher Vorhaben im Interesse unseres Landes. Das Motto für das Budget 2025 laute: „Investieren, Ausbauen, Konsolidieren“. Wichtig sei ein Anspringen der Konjunktur, eine weitere Abflachung der Inflation und Rückgänge bei den Zinsen. Dies werde sehr wesentlich von den Maßnahmen der künftigen Bundesregierung aber auch von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Europa abhängen. Die Landesregierung versuche mit diesem Budget einen Beitrag dazu zu leisten, dass das Land Salzburg weiterhin das wohl lebenswerteste Bundesland in Österreich bleibe und sich zukunfts offen und dynamisch den Herausforderungen der Zeit stelle.

Landeshauptmann-Stellvertreterin Svazek BA bedankt sich zu Beginn ihrer Rede bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ohne die diese Budgeterstellung nicht möglich gewesen wäre. Sie wisse, dass es nicht leicht gewesen sei, Anpassungen und Einsparungen vorzunehmen und dass natürlich vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darunter zu leiden hätten. Umso höher schätze sie diese Unterstützung in den letzten Wochen und Monaten und die Anstrengungen, nicht nur 2024 die Budgetvorgaben unterjährig einzuhalten, sondern auch 2025 den Weg im Rahmen der Konsolidierung weiterzugehen. Die Verhandlungen in der Landesregierung seien geprägt gewesen vom gemeinsamen Verständnis, dass es so nicht weitergehen könne und dass der schmale Grat zwischen Investitionen auf der einen Seite und verantwortungsvollem Wirtschaften andererseits nur gemeinsam gegangen werden könne. Die Zeiten, in denen man regiere, könne man sich nicht aussuchen. In den letzten zehn Jahren habe es in der Salzburger Landesregierung noch etwas zu verteilen gegeben und der Abbau der Schulden habe höchste Priorität gehabt. Der Landeshaushalt sei kein Kampf, in dem jeder auf sich isoliert schaue, sondern man habe gemeinsam mit einem möglichst breiten Blick versucht, Kosten zu reduzieren, Strukturen kritisch zu hinterfragen und einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Schulden des Landes nicht ins Unermessliche wüchsen. Gleichzeitig dürfe Salzburg auch nicht zurückfallen und man müsse investieren. Man habe gemeinsam auf allen Ebenen erlebt, wie ein Budget in Zeiten der Veränderung, in Zeiten schlechter Konjunktur und gestiegener Zinsen explodierte. Die Landesregierung sei dafür da, einen Beitrag zur Lö-

sung von Problemen zu leisten. Für diesen Beitrag werde man seit Wochen nicht nur öffentlich medial kritisiert, sondern auch bei dieser Budgetdebatte. Das sei eben die Realität, wenn man Verantwortung übernehme. Die Verantwortung werde nicht nur in großen Reden bemüht, sondern man lasse tatsächlich auch Taten folgen. Aber es sei auch eine Frage, wie man dieser Verantwortung grundsätzlich begegne. Es gebe zwei Prämissen, zum einen sei die Wahrnehmung dieser Verantwortung mit schonungsloser Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit den Menschen gegenüber wichtig. Zum anderen brauche es klare Entscheidungen, um der Wirtschaft trotz aller Schwierigkeiten auch wieder Hoffnung und Optimismus zu geben. Zunächst wolle sie auf den Aspekt der Ehrlichkeit eingehen. Es gehe um die unangenehme Wahrheit, die man den Menschen auch zumuten könne. Die Unternehmen kämpften mit den Auswirkungen einer schwachen Nachfrage, hohen Kosten und einer sinkenden nationalen Wettbewerbsfähigkeit. Der Ausblick auf das nächste Jahr dämpfe die Erwartungen, der Rückblick auf das heurige Jahr umso mehr. Dies schaffe eine pessimistische Grundstimmung, welche natürlich auch psychologisch eine Rolle spiele, auch für die Investitions- und Risikofreudigkeit der Unternehmen. Es gebe eine starke industrielle Basis in Österreich, ähnlich wie in Deutschland, weshalb man unter den aktuellen Entwicklungen besonders leide. Dazu komme, dass die Bauwirtschaft, der Handel und der Dienstleistungsbereich ebenso schwächelten. Auch wenn die Entwicklung im Tourismus in Salzburg grundsätzlich positiv stimme und hoffen lasse, könne es trotzdem schnell gehen, dass der Urlaubsgast aus dem Nachbarland seine Arbeit verliere und dann als Gast ausbleibe. Die Krise habe eine historische Dimension erreicht und treffe nicht nur Salzburg, sondern alle Bundesländer. In einer Zeit der großen Transformation seien natürlich alle gefordert, sich einzuschränken. Es wäre gelogen, wenn man behauptete, es gehe weiter wie bisher und es werde keine Konsequenzen geben. Natürlich müsse man sich einschränken, mit allen Vor- und Nachteilen. Der große Schock werde aber erst kommen, auch bedingt durch den Ausgang der US-Wahl. Auch das werde Europa treffen. Zukünftig werde es um existenzielle Fragen gehen, nämlich, was sich der Staat noch leisten könne und was sich nicht mehr ausgehen werde. Das Versprechen, dass künftig alle weniger arbeiten könnten bei gleichzeitigem Erhalt des Wohlstands, das werde sich nicht ausgehen. Wenn die Mehrleister in der Gesellschaft auch irgendwann aufgäben, dann kippe das Verhältnis und es werde sich für niemanden mehr ausgehen in diesem Land. Man lese täglich in den Zeitungen, wie viele Unternehmerinnen und Unternehmer zum Aufgeben gezwungen seien. Wenn sie von existenziellen Themen spreche, dann sei damit auch das Sozialsystem gemeint, das sich natürlich nur finanzieren lasse, wenn die Einnahmen und die Wirtschaftsleistung dementsprechend hoch seien. Das Geld, um jene zu unterstützen, die sich selbst nicht mehr helfen könnten, müsse auch erwirtschaftet werden. Dabei könne es aber nicht der Anspruch sein, nach immer mehr Staat zu rufen. Es müsse der Anspruch sein, jene zu unterstützen, die die Mehrleistung schulterten und dieses Geld auch erwirtschafteten. Zur zweiten Prämisse, zur Klarheit gegenüber Unternehmen und Wirtschaft, sei auszuführen, dass Unternehmen nicht auf moralischen Entscheidungen und Überlegungen basierten, sondern auf rein wirtschaftlichen Entscheidungen und Notwendigkeiten. Die Moral, klima- und genderneutral zu sein, sichere in Österreich keine Arbeitsplätze. Das Hochhalten moralischer Ansprüche bringe in Europa, in Österreich, in Salzburg nichts, wenn heimische Firmen in Länder abwanderten, in denen sie ihre Wettbewerbsfähigkeit besser wahren könnten, wenn die Produktion in Drittstaaten wie China oder

USA verlegt werde und Innovation und Know How verloren gingen, aber auch Arbeitsplätze und Wohlstand. Die Politik, insbesondere in den höheren Ebenen, müsse auf die hören, die nicht nach theoretischen Konstrukten arbeiteten, sondern sich inmitten von bürokratischen Vorgaben verlören und in der Konsequenz den Standort Österreich verließen. Es brauche wieder die Vernunft, hier und jetzt auf die Realität zu schauen und auf das, was man den Menschen und der Wirtschaft zumuten könne. Das sei ihr Anspruch an die Landesregierung und diese Regierungsbeteiligung, dass man wegkomme von einem rein technischen Blick auf die Dinge, hin zur Praxis, zu den Schicksalen, zu den Notwendigkeiten, zu den Menschen, zu den Unternehmerinnen und Unternehmern, damit die Menschen auf diesem Weg nicht verloren gingen. Eine Budgetkonsolidierung gehe man nicht mit der Sammlung von unterschiedlichen Steuerideen an. Zudem werde sich eine Konsolidierung ohne Wachstum nicht ausgehen. Derzeit befinde man sich in einer Situation, in der man gleichzeitig Gas geben und bremsen müsse. Dies sei eine Aufgabe, die nicht all zu leicht sei und schnell im Graben enden könne. Sie spreche sich gegen jede Art von neuen Steuern aus, nicht aus parteipolitischen oder taktischen Gründen, sondern aus Gründen der Vernunft, um das Wachstum in einem Hochsteuerland nicht weiter zu gefährden. Bei sozialistischen Verhandlungsdogmen wie beispielsweise Vermögenssteuern gehe es nicht um die Reichsten in diesem Land, sondern man müsse sich Sorgen um den Standort Österreich und das hier eingesetzte Kapital machen. Man lebe in Zeiten, in denen österreichische Unternehmerfamilien ihren Standort binnen kürzester Zeit aus Österreich abziehen und verlegen könnten. Man sei nicht mehr in der Situation, dass eingesessene österreichische Unternehmerfamilien aus ideellen Gründen dem Standort Österreich treu blieben. Die nächste Generation sei in einer globalisierten, internationalen Welt aufgewachsen und da gehe es ganz schnell, dass man nicht mehr in das Heimatland investiere, sondern ins Ausland gehe. Die Diagnose für den Standort Österreich sei also gestellt, die notwendigen Veränderungen für den Wirtschaftsstandort seien festgelegt, und zwar aus der Praxis heraus. Die Umsetzung durch eine handlungsfähige Bundesregierung wäre bitter nötig. Bei allem, was der Wirtschaftsstandort Österreich brauche, habe man keine Zeit mehr zu verlieren. Man brauche klare Signale und Entscheidungen, wo es hingehge. Mit Reformen, mit strukturellen Veränderungen, mit mutigen Entscheidungen könne man auch der Wirtschaft wieder Optimismus geben. Im Hinblick auf die Kritik, dass in Salzburg in Natur- und Umweltschutz sowie im Klimabereich manches wieder auf normal gestellt werde im Sinne des Miteinanders von Naturschutz und Wirtschaft, gebe ihr der Umstand recht, dass schon die ein oder andere im Raum gestandene Absiedlung von Unternehmen verhindert habe werden können. Entscheidungen für den ländlichen Raum würden in dieser Landesregierung gemeinsam getroffen, um ihn abzusichern und die Lebensqualität dort sicherzustellen, um Einnahmequellen für kleine Gemeinden sicherzustellen. Im ländlichen Raum gebe es jetzt die Hoffnung, dass man wieder zu einem Miteinander komme, zu einem Tun, weg vom Verhindern hin zum Ermöglichen. Der Standort in Salzburg werde nicht zurückfallen, dafür stehe diese Landesregierung und dafür garantiere sie, auch wenn es nicht einfach sei und das Budget belaste. Auf der anderen Seite werde es gewisse Einsparungen geben müssen. Es werde niemand unterstellen, dass man nicht gestalten wolle. Aber wenn es sich nicht ausgehe, dann müsse man sich einschränken. Dafür hätten die Menschen auch Verständnis. In der Analogie werde es auch in der Familie

Prioritäten geben, die unbedingt abgedeckt werden müssten, wenn das Haushaltsbudget etwas schrumpfe. Dieser Prozess werde die Landesregierung natürlich die gesamte Legislaturperiode begleiten, so ehrlich müsse man sein. Zu erwarten sei, dass der Vorwurf in Richtung Politikergehälter kommen werde. Das sei der einfachste Vorwurf, den man erheben könne, selbst wenn man vom Budget keine Ahnung habe. Sie habe in der Opposition die Nulllohnrunde selbst ein einziges Mal gefordert, ganz zu Beginn, weil man es dann zumindest in die Medien schaffe. Sie habe aber recht rasch damit aufgehört, weil sie sich irgendwann die Frage gestellt habe, wie dumm die eigene Branche eigentlich sei, den Menschen zu vermitteln, es sei nichts wert, was die Landesregierung tue, was die Abgeordneten in diesem Landtag machten. Keine andere Berufsgruppe lasse sich derart masochistisch vorführen wie die Politik. Politikergehälter seien gesetzlich festgeschrieben, aber um in einer Spitzenfunktion politisch überleben zu können, werde es nicht gehen, zehn Stunden die Woche zu arbeiten. Vielmehr müsse man an sein persönliches Leistungslimit gehen und dieses liege jenseits von 40 Stunden in der Woche. Man trage Verantwortung für hunderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Land und für ein Milliardenbudget. Man trage die Verantwortung für ein Bundesland und sitze in Aufsichtsräten mit voller Haftung. Wer Menschen aus der freien Wirtschaft in die Politik bringen wolle, der müsse auch ordentlich entlohnen. Die Direktorin der Arbeiterkammer Salzburg verdiene im Übrigen € 8.956,42 netto in ihrer Funktion. Man lese jedoch selten bis nie in den Medien von ihr. Die Landesregierungsmitglieder verdienten weniger. Nun wolle sie die Eckpunkte des Budgets erläutern. Man investiere in den Wohnbau € 190 Mio. und führe daneben eine Wohnbaureform durch. Diese Landesregierung schaffe es auch, die Wohnbaugelder voll auszuschöpfen und keine Mittel zurück in das Landesbudget fließen bzw. liegen zu lassen. Das passiere nicht einfach so. Das passiere, wenn man aktive Politik mache, so wie es Wohnbaulandesrat Zauner mache, der trotz der schwierigen Lage das Mögliche tue und immer im Austausch mit den Interessensvertretungen sei. Wenn es ein gutes Miteinander und einen guten Austausch in der Landesregierung gebe, dann sei möglich, was in den letzten Jahren nicht gegangen sei. Je nach wirtschaftlicher Lage und Entwicklung werde man auf diesem hohen Niveau in der Objekt- und Subjektförderung aber nur bleiben können, wenn auch die Mittel entsprechend stiegen. Aber natürlich werde es in den kommenden Jahren nicht leichter. Das überfällige Auslaufen der KIM-Verordnung werde im kommenden und auch in den weiteren Jahren etwas helfen, denn die Hürden bei den Kreditfinanzierungen habe man natürlich auch im Wohnbau gespürt. In wirtschaftlich angespannten Zeiten sei es wichtig, zu investieren und aktiv zu bleiben. Dann werde es auch im Wohnbau möglich sein, weiter Wohnungen zu bauen und weiter dafür zu sorgen, dass sich Menschen in diesem Land nicht nur die Mieten leisten, sondern auch wieder ins Eigentum gehen könnten. Das vielkritisierte Budget im Sozialbereich steige von € 552 Mio. im Rechnungsabschluss 2023 für das kommende Jahr auf € 653 Mio. an. Das sei eine Steigerung von € 100 Mio., die die Herausforderung der stetig steigenden Kosten in diesem Bereich illustriere. Im Bereich der Sozialhilfe und der Teilhabe seien Erhöhungen eingepreist und das oberste Ziel dabei sei, Stabilität und Verlässlichkeit für die Partner- und die Trägerorganisationen des Landes zu bieten. Insbesondere im Bereich der Pflege seien nicht nur Anpassungen vorgenommen worden, sondern auch eine umfassende Tarifprüfung geplant, um Fairness und Gerechtigkeit auch in den Seniorenwohnhäusern sicherzustellen. Mit Ausnahme der Grundversorgung und der freien Wohlfahrt

verzeichne der Sozialbereich gestiegene Auszahlungen, etwa in den Bereichen Pflege und Betreuung, Kinder- und Jugendhilfe sowie in der Teilhabe. Trotzdem werde man in manchen Bereichen im kommenden Jahr hinschauen müssen, insbesondere im Bereich Mindestsicherung, in Bezug auf die Verhältnismäßigkeit im Bundesländervergleich sowie im Hinblick auf die Frage der Gerechtigkeit. In Zeiten wie diesen brauche es ein soziales Netz und wenn sich jemand anders nicht mehr helfen könne und die Unterstützung der solidarischen Gesellschaft brauche, müsse diese auch gewährt werden. Auf der anderen Seite werde dieses auch allzu oft von jenen strapaziert, die eigentlich könnten, aber nicht wollten. Auch diese unangenehme Wahrheit müsse ausgesprochen werden. Im Bereich der Kinderbetreuung werde auch nicht gespart, es erhöhe sich das Budget analog zur Ausweitung des Angebots. Zu Beginn der Periode habe man ein Ausbildungsprogramm für Zusatzkräfte gestartet, das langsam aber sicher Früchte trage. Das zeige sich auch in der Steigerung der Personalzahlen vom letzten zum heurigen Jahr. Das Zentrum für Elementar- und Kindergartenpädagogik (ZEKIP), das sozusagen der Hüter der Qualität sei, werde gestärkt. Man sei bei der Erarbeitung eines einheitlichen modularen Ausbildungssystems, das auch jemandem, der zwar keine Matura, aber Herz mitbringe, eine Ausbildung ermögliche, genauso wie jenen, die die akademische Ausbildung auf höchstem Niveau absolvieren wollten. Man werde ein durchgängiges Bildungssystem auf den Weg bringen. Kein anderes Bundesland habe einen so zielstrebigsten Plan und verfolge ihn so wie Salzburg. In diesem Zusammenhang müsse auch erwähnt werden, dass mit falschen Zahlen Stimmung gemacht werde. Die von der Arbeiterkammer und von Drittel-SPÖ-Chef Eder medial verbreiteten Zahlen stimmten nicht. Es sei schade, dass die Salzburger Nachrichten diese Zahlen nicht revidiert hätten, obwohl sie eines Besseren belehrt worden seien. Die genannten Zahlen stammten aus dem Jahr 2023 und seien aktuell gänzlich andere. Es werde von der Salzburger AK behauptet, in Salzburg wäre man weit unter dem Barcelona-Ziel. Man liege tatsächlich aber bei den unter Dreijährigen nicht bei einer Betreuungsquote von 28 %, sondern bei 33,7 %. Diese Steigerung habe man innerhalb von eineinhalb Jahren zustandegebracht. Man liege somit über der geforderten Quote und hinke nicht hinterher. Bei den unter Dreijährigen wäre es auch ehrlicher, wenn man bei den Ein- bis Dreijährigen ansetze und nicht bei den Null- bis Dreijährigen. Weil zwischen null und einem Jahr gebe es in diesem Bundesland Gott sei Dank noch nicht viele, die fremdbetreut würden. In den meisten Fällen werde hier noch in der Familie betreut. Bei den Ein- bis Dreijährigen liege man bei einer Betreuungsquote von 44 %. Das sei ein sehr hoher Wert, der weit über der Barcelona-Quote liege. Bekanntermaßen sei sie eine Verfechterin der familieninternen Betreuung. Trotzdem gehe das nicht zu Lasten des Ausbaus für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder der Unterstützung von alleinerziehenden Frauen und der Wirtschaftslage. Ebenso falsch seien die behaupteten Zahlen des Fachkräfteschlüssels. In Salzburg komme eine Fachkraft auf 7,1 Kinder. Damit liege man österreichweit an der Spitze und habe den besten Betreuungsschlüssel. Man liege ungefähr 10 % über den von der Arbeiterkammer kommunizierten Zahlen. Falsch sei auch der Vorwurf, es gebe in zehn Gemeinden in Salzburg keine institutionelle Betreuung für die unter Dreijährigen. Es seien neun Gemeinden. Diese befänden sich in Regionen, wo die Gemeinden sehr klein seien, weswegen diese mit Nachbargemeinden kooperierten und den Bedarf über Tageseltern deckten. Es sei überall die Betreuung gesichert, aber nach Bedarf, so wie es die Menschen tatsächlich bräuchten und nicht nach Quoten. Die Zahlen der AK seien

allesamt falsch. Zu den Umschichtungen und Änderungen im Umwelt- und Klimaschutzbereich erwarte sie ebenfalls Kritik. Man reduziere den Haushaltsansatz Klimaschutz und schichte in andere Richtungen um, nämlich in den Bereich Förderung für den Naturschutz und Vertragsnaturschutz, in Richtung Natura-2000-Beitragspflichten, in Richtung der Bekämpfung invasiver Arten und Unterstützung der Artenvielfalt, in Richtung Lärmmessungen und insbesondere auch in Richtung Lärmschutz. Das sei ein Beitrag zur Konsolidierung, eine Verschiebung in andere Ansätze, die dem Naturschutz zu Gute kämen und zwar in einer praktischen Ausgestaltung. Da die Vorgaben des Masterplans Klima und Energie betreffend PV-Anlagen, insbesondere im betrieblichen Bereich erreicht seien, könne man diese Förderung zurückfahren. Es gebe nun eine neue Förderung für die Speicherung von Sonnenstrom, welche im Ressort von Landesrat Schwaiger angesiedelt sei. Man reagiere also auf die Entwicklungen und Notwendigkeiten in der Wirtschaft. Diese Schwerpunktsetzungen seien klarerweise politischer Entscheidungsnatur, denn man sei da, um zu gestalten und nicht nur um zu verwalten. Es würden nun sämtliche Förderungen durchforstet und man überprüfe sie auch mit kritischem Blick auf Doppelgleisigkeiten und ob das eingesetzte Steuergeld tatsächlich mit Nutzen und einem Mehrwert für die Gesellschaft eingesetzt werde. Nach diesen Gesichtspunkten werde sich das Förderregime künftig richten und das werde auch einen Beitrag zum Abbau von Strukturen setzen, wo es notwendig sei. Die Herausforderungen und die notwendigen Änderungen in der gesamten Republik und somit auch in Salzburg, die insbesondere auch unser Verwaltungskonstrukt betreffen, könnten nur mit weniger anstatt mit mehr Ideologie gelöst werden. Es brauche allerdings eine klare Werthaltung mit Hausverstand und mit einem vernünftigen Blick auf die Realität, statt aus einem theoretischen Blickwinkel heraus zu agieren. Es brauche eine Regierung, die die Interessensvertreter einbinde, sich aber nicht gängeln lasse und notwendige Reformen auch nicht aufschiebe. Es brauche die Fähigkeit, klare Entscheidungen zu treffen und diese dann auch konsequent durchzuziehen, auch wenn der Gegenwind ein rauer sei. Dies sei in der Politik nicht mehr opportun, weil man sich allzu oft fürchte vor Unkenrufen, vor Kampagnisierungen, vor einem medialen Gegenwind, der aber am meisten jene interessiere, die diesen initiierten und von dem sich die Bevölkerung schon zu einem großen Teil abgewendet habe. Die Zeiten würden härter und verlangten nach Menschen, die Verantwortung übernähmen, Unangenehmes entschieden, aber auch aufrichtig kommunizierten, Fehler eingestünden und Wahrheiten aussprächen. Es brauche Menschen, die klare Entscheidungen trafen und trotz der aktuellen Herausforderungen durch ihre Taten auch Hoffnung und Optimismus gäben. Das sei die Erwartungshaltung, die die Bevölkerung an die Regierenden habe. Diese Aufgabe könne nur eine geeinte Landesregierung stemmen, die eigene Eitelkeiten hintanstelle und im Sinne dessen handle, was vernünftig sei. Diese Fähigkeit attestiere sie dieser Landesregierung zu Beginn, jetzt und auch in Zukunft.

Klubobmann Abg. Mag. Mayer führt aus, dass unzählige Parameter ins Treffen geführt werden könnten, warum die Erstellung von öffentlichen Haushalten für das Jahr 2025 besonders schwierig sei. Bereits erwähnt worden sei das aktuell negative Wirtschaftswachstum mit minus 0,6 %, die allgemeine Inflation sowie die hohen Lohnsteigerungen, die nicht nur die Unternehmen extrem belasteten, sondern auch die öffentlichen Haushalte. Nichts aber belege die Dramatik der Situation so sehr wie die Chronologie dieser Budgeterstellung. Die Ertragsanteile seien ohnehin dramatisch eingebrochen durch die Rezession und die Abschaffung der

kalten Progression. Die Budgetklausur habe am 14. Oktober stattgefunden und 14 Tage später habe der Bund die Ertragsprognosen korrigiert mit dem Ergebnis von minus € 40 Mio. Gute Finanzen und ordentliche Finanzen bedeuteten auch transparente Finanzen. Daher sei es eine Selbstverständlichkeit, dass diese korrigierte Ertragsprognose, von der die Abgeordneten auch in Kenntnis gesetzt worden seien, auch in einem Abänderungsantrag dargestellt werde. Es seien auch weitere Schritte zu mehr Transparenz im Landeshaushalt gesetzt worden, etwa eine realistischere Budgetierung in einzelnen Ansätzen sowie dramatisch gekürzte Verstärkungsmittel. Diese Mittel seien in der Vergangenheit aus unterschiedlichen Gründen erforderlich gewesen. Es habe nicht eingeschätzt werden können, welche Auswirkungen die Corona-Pandemie oder der russische Angriffskrieg haben würden. Es habe sehr viele unbekannte Variablen gegeben. Er wolle daher für die gesamte Verwaltung ein Lob aussprechen für die detaillierten, übersichtlichen und verständlichen Erläuterungen. Es gebe immer Potential nach oben, aber es sei eine jährliche Verbesserung festzustellen. Das Ziel müsse jedenfalls sein, dass man von der großen Diskrepanz in den vergangenen Jahren zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss wegkomme. Als Erstredner unter den Klubobleuten habe er den Vorteil, dass man Argumente, die von der Opposition zu erwarten seien, vorwegnehmen und auch falsifizieren könne. Die große Linie, die der Landeshauptmann mit der Landesregierung verfolge, sei ein Dreischritt. Erstens: Seit 2013 seien die Finanzen in mehrfacher Hinsicht in Ordnung gebracht worden, mit der Aufarbeitung des Finanzskandals und dem Umstieg auf die Drei-Komponenten-Budgetierung. Es gebe nun mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit im Budget. Zweitens: Die Schulden des Landes seien in konjunkturell guten Zeiten konsequent abgebaut worden. Dieser Kurs des konsequenten Schuldenabbaus sei massiv kritisiert worden. Vor Corona, vor den wirtschaftlichen Kalamitäten, vor dem russischen Angriffskrieg und vor den Turbulenzen auf dem Energie-, dem Wirtschafts- und dem Arbeitsmarkt, habe Walter Steidl hier in diesem Raum gesagt: Wenn ein Budget in Zahlen gegossene Politik sei, dann könne die Landesregierung gleich ihren Betrieb einstellen. Zukunftsweisend sei das nicht und ob der fehlenden Zukunftsinvestitionen sehe er Salzburg als europäische Wohlstandsregion in Gefahr. Die Landesregierung sei Jahr für Jahr dafür kritisiert worden, dass sie Schulden abgebaut habe und keine Neuverschuldung eingegangen sei. Damit komme er zum dritten Punkt. Man habe sich in den letzten zehn Jahren den Handlungsspielraum erarbeitet, den man jetzt dringend brauche. Es vergehe kein Tag ohne wirtschaftliche Hiobsbotschaften aus Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner. Er verweise auch auf die Insolvenzen von Kika/Leiner und KTM mit direkter Auswirkung auf den Salzburger Arbeitsmarkt. Man müsse jetzt in die Wirtschaft investieren und den Arbeitsmarkt durch zielgerichtete Strategien stabilisieren. Diese zielgerichteten Strategien und das Gegensteuern durch den Finanzreferenten werde er im Folgenden kurz darlegen und erklären. Unter antizyklisch sei zu verstehen, dass man in guten Zeiten spare und Reserven schaffen, um in schlechten Zeiten investieren zu können. Die linke Reichshälfte in diesem Haus verstehe unter antizyklisch, dass in guten Zeiten viel Geld und in schlechten Zeiten noch mehr Geld ausgegeben werde. Das werde nicht funktionieren. Das Gegensteuern dieser Landesregierung konzentriere sich auf das antizyklische Investieren. In diesem Landesvoranschlag finde man Investitionen in der Höhe von € 680 Mio. Das sei eine Rekordinvestition, die es in der Zweiten Republik in diesem Bundesland noch nicht gegeben habe. Beim kürzlich stattgefundenen Baugipfel sei gesagt worden, dass man

diese Investitionen wie einen Bissen Brot brauche. Gerade in Zeiten, die von Pessimismus und Zukunftsängsten geprägt seien, gelte es, in den sozialen Frieden zu investieren. Die Landesregierung investiere in den sozialen Frieden dieses Landes, in das Gesundheitssystem mit € 1,339 Mrd. Das seien 30 % aller Ausgaben in diesem Land. Für das Sozialsystem würden € 693 Mio. ausgegeben, 16 % aller Ausgaben. Gesundheit, Soziales und Wohnbauförderung seien drei Ansätze, auch die Elementarpädagogik, die keine Kürzungen, sondern Erhöhungen verzeichneten, weil in den sozialen Frieden investiert werde. Um einen Rekordansatz handle es sich auch bei der Wohnbauförderung, natürlich unter Einbeziehung der Bundesmittel, mit € 189 Mio. Er erwarte, dass man wieder fordern werde, dass eine Verdoppelung notwendig sei. Die Wohnbauförderung müsse leistbare Wohnungen bauen. Dabei müsse man sich aber auch die Rahmenbedingungen ansehen, zB jene Vorschriften, die das Wohnen teurer machten. Man könne billiger bauen durch Normenreduktion und durch die Nutzung aller Instrumente in der Raumordnung, um Bauland zu mobilisieren. Das sei der unbequemere, aber der richtige Weg. Im Gesundheitsbereich würden heuer nicht nur die Lohnkosten steigen, sondern es werde auch konkret in Gebäude und in Ausrüstung investiert, mit € 1,065 Mrd. vor zwei Jahren, € 1,21 Mrd. im heurigen Jahr und 2025 mit € 1,339 Mrd. Der Plan der Landesregierung in Zeiten wie diesen sei alternativlos: Man müsse investieren. Dennoch sei allen klar, dass ein Budget wie dieses, vielleicht noch ein oder zwei Jahre und möglicherweise ein drittes Jahr vorgelegt werden könne, aber auf Dauer könne man sich derartige Neuverschuldungen nicht leisten. Bei genauer Durchsicht des Voranschlags finde man unter dem Titel Zinsendienst die Summe von € 43 Mio. Wenn hier nicht gegengesteuert werde, werde in wenigen Jahren die Grenze von € 100 Mio. überschritten. Daher müsse hier auch gegengesteuert werden mit einem klaren Kurs der Budgetkonsolidierung. Für das Jahr 2026 sei bereits eine Obergrenze für die Neuverschuldung festgelegt worden, € 350 Mio. 2027 werde diese Grenze bei € 250 Mio. sein und 2028 bei € 150 Mio., damit man 2029 bei € 100 Mio. zu liegen komme. Dieser Konsolidierungskurs sei aber nicht ein Projekt, das nächstes oder übernächstes Jahr begonnen werde, sondern das bereits in diesem Jahr begonnen worden sei. Mit € 780 Mio. Neuverschuldung sei man in die Budgetklausur am 14. Oktober hineingegangen. Jetzt komme man unter Berücksichtigung der Ertragsanteilminderungen in Höhe von € 40 Mio. auf € 487 Mio. Neuverschuldung. Man wisse, dass sich im Budgetvollzug diese Summe möglicherweise noch reduziere, aber nicht mehr im Ausmaß wie früher. Bereits heuer seien hunderte Vorschläge von der Regierung erarbeitet worden, wie Doppelgleisigkeiten abgeschafft und mehr Effizienz in die Verwaltung gebracht werden könne, die derzeit evaluiert würden. Beim ersten Termin am 29. Jänner 2025 würden diese Vorschläge Schritt für Schritt geprüft. Im Personalbereich werde ebenfalls eingespart. Bereits heuer würden 25 Vollzeitäquivalente nicht nachbesetzt. Dem müssten aber Effizienzsteigerungen folgen. Eine verantwortungsvolle Budgetpolitik aus Sicht der Salzburger Volkspartei bestehe darin, in guten Zeiten den Spielraum für Krisen zu erarbeiten, dann klug und nachhaltig in die Infrastruktur, in den sozialen Zusammenhalt zu investieren, indem man Gesundheitsvorsorge und Pflege stärke und gleichzeitig einen Konsolidierungsplan zu entwickeln, um das Budget langfristig stabil zu halten. Man werde im Allgemeinen kritisiert für jede Einsparung, gleichzeitig werde lamentiert, dass das Land eine Neuverschuldung in Kauf nehme. Man könne aber nicht € 1,4 Mrd. in das Gesundheitssystem und € 680 Mio. in die Wirtschaft investieren und gleichzeitig Budgetüberschüsse machen. Das

gehe sich schlicht und ergreifend nicht aus. Man werde auch die Kritik hören, dass die Regierung nur in Prestigeprojekte investiere. Die sogenannten Prestigeprojekte dieser Landesregierung seien jedoch beispielsweise in den SALK Haus B, Onkologie, Innere Medizin, CDK. Es würden € 27 Mio. nur für die genannten Projekte ausgegeben. Für den KSK-Masterplan seien € 1,8 Mio. eingeplant, für das Tauernklinikum € 10,3 Mio. Dies seien keine Prestigeprojekte, sondern Notwendigkeiten für die Gesundheit der Menschen in Salzburg. Für Wissenschaft und Forschung stünden € 25 Mio. zur Verfügung. Dies sei eine notwendige Investition, damit Salzburg vorne mitspiele. Die Welt drehe sich schneller, die Digitalisierung schreite mit atemberaubender Geschwindigkeit voran. Mit der Lehrstuhlförderung für die Fakultät für Digitale und Analytische Wissenschaften sei man hier weit voran. Im nächsten Jahr würden hier weitere € 25 Mio. investiert, damit man den Anschluss nicht verliere. Für Straßensanierungen 2025 seien € 30 Mio. vorgesehen. Auch dabei handle es sich um eine Aufgabe des Landes und um einen Betrag, wie er seit vielen Jahren nicht ins Budget eingestellt worden sei. Die negative Abstimmung zum S-LINK entbinde nicht von der Aufgabe, in den öffentlichen Verkehr zu investieren. Beispielhaft seien hier zwei Projekte zu nennen, die Pinzgauer Lokalbahn mit € 25 Mio. und € 28 Mio. für die Salzburger Lokalbahn. Die Salzburg AG werde bis 2028 € 1,7 Mrd. in erneuerbare Energie, in den Netzausbau, in Digitalisierung und Verkehr investieren. Die Salzburg AG habe dafür 2025 € 320 Mio. vorgesehen, das Land € 680 Mio. Man könne sagen, dass das Land und die Salzburg AG im nächsten Jahr € 1 Mrd. in die Zukunft Salzburgs investierten. Es werde auch wieder massiv in Hochwasserschutz, also in die Sicherheit der Menschen, investiert. Zusätzlich gebe es € 8 Mio. für die Landwirtschaft, um die verstärkten und gewünschten Herausforderungen im Bereich des Tierwohls bedecken und um auch die Umweltstandards einhalten zu können. Man bekenne sich auch zu Investitionen in die Kultur. Salzburg sei ein Kulturland. Man höre immer aus der kommunistischen Ecke, dass die Festspielhäuser in Frage zu stellen seien. Wer der Meinung sei, dass die Salzburger Festspiele nicht zu unserem Bundesland gehörten, solle sich an das Rednerpult stellen, das begründen und deutlich sagen. Auch das Budget in der Volkskultur habe gehalten werden können und von Fair Pay profitierten 400 Künstlerinnen und Künstler. Ein Projekt, das es in ganz Österreich nicht gebe und bei dem Salzburg Vorreiter sei. Beim Budgetansatz Soziales und Wohlfahrt gebe es plus € 37,6 Mio., insgesamt € 692,5 Mio., davon für die Pflege € 278 Mio., die Pflegeplattform II werde mit € 149,9 Mio. veranschlagt. Nirgends werde so viel in Gesundheit und Soziales investiert. Wenn man Gesundheit und Soziales zusammenfasse, mache dies einen Anteil von 46 % aller Ausgaben aus. Eine weitere Kritik werde man von jenen hören, die in den letzten Jahren die zurückhaltende Politik bei den Dividenden der Salzburg AG massiv kritisiert und Extremdividenden gefordert hätten. Diese würden nun kritisieren, dass man wieder zu einer Normalisierung bei der Dividendenausschüttung zurückkehre. Dazu sei zu sagen, dass die Salzburg AG heuer € 320 Mio. in die Infrastruktur, in den Netzausbau und in erneuerbare Energien investiere, € 1,7 Mrd. in den nächsten Jahren insgesamt. Der Arbeitspreis der Salzburg AG für eine Kilowattstunde Strom liege derzeit bei 16,9 Cent. Wenn man die Unterstützungsmaßnahmen wegrechne, die gestützten ersten tausend Kilowattstunden und die Stromfreitage einbeziehe, liege der Arbeitspreis bei unter 16 Cent. Dies sei im Österreichvergleich sehr ordentlich. Dieser Arbeitspreis mache allerdings nur 43 % des Endkundenpreises aus. Der Rest beruhe auf der unglücklichen Wiederinkraftsetzung von Ökosteuern und einer

massiven Schieflage bei den Netzgebühren. Man müsse eine österreichweite Lösung finden und eine Abmilderung der Netzgebühren sowohl in der Höhe als auch in der zeitlichen Abfolge erreichen. Zudem sei bei der bei der Salzburg AG zu erwartenden guten Ertragslage auch eine Strompreissenkung möglich. Man habe zur Senkung der Netzkosten einen Antrag an die Bundesregierung vorbereitet und hoffe auf Zustimmung. Er weise darauf hin, dass alle Gebietskörperschaften mit irrsinnigen Herausforderungen in ihren Budgets zu kämpfen hätten. Es gehe keinem einzigen Bundesland anders und auch im Bund sei es so. Es werde faktenwidrig die Behauptung aufgestellt, dass die Gemeinden im Stich gelassen würden. Ein Bundesländervergleich zeige jedoch, dass es in Salzburg sechs Ausgleichsgemeinden gebe, in Oberösterreich 160. In keinem anderen Bundesland sei bereits jetzt ein erstes Gemeindepaket geschnürt worden. Heuer seien es € 15 Mio., für das nächste Jahr € 20,5 Mio. Das sei Geld, das nicht alleine aus dem Gemeindeausgleichsfonds komme, sondern das zu einem Viertel auch aus dem allgemeinen Landeshaushalt gestellt werde, weil man sich zur Verantwortung für die Gemeinden bekenne. Einen weiteren Antrag betreffend eine Novellierung im Parteienförderungsgesetz werde er einbringen, weil man auch im System sparen wolle. Man wolle bei der Parteienförderung, im Speziellen bei der Klubförderung € 300.000,-- einsparen. Parteienförderung sei immer ein großes Thema, genau wie Politikergehälter. Den Parteien sei in der Vergangenheit die Möglichkeit eingeräumt worden, dass sie nicht den Maximalbetrag, sondern den benötigten Betrag anfordern könnten. Aus einer Anfragebeantwortung habe man erfahren, dass von der gemäß § 5 Abs. 2 Parteienförderungsgesetz bestehenden Möglichkeit, einen Jahresbetrag zu begehren, der geringer sei als der nach § 4 Salzburger Parteienförderungsgesetz gebührende, sei mit Stand 24. Oktober 2024 bislang von keiner im Landtag vertretenen Partei Gebrauch gemacht worden. Abschließend betont Klubobmann Abg. Mag. Mayer nochmals, dass man am heutigen Tag einen Landesvoranschlag berate, der in wirtschaftlich schwierigen Zeiten alternativlos sei, weil er in die Zukunft und in den sozialen Frieden investiere. Dieser Voranschlag wäre nicht möglich gewesen, wenn man sich in der Vergangenheit nicht den Spielraum dafür erarbeitet hätte. Dieser Voranschlag wäre allerdings verantwortungslos, wenn man nicht auch jetzt schon den Pfad der Konsolidierung beschritten hätte.

Klubobmann Abg. Dr. Schöppl hält eingangs fest, dass herausfordernde Zeiten bevorstünden. Die Wirtschaft krisle und man befinde sich in der längsten, nachhaltigsten Rezession der Zweiten Republik. Durch eine Teuerungswelle würden die Ausgaben steigen bzw. seien gestiegen, beispielsweise für Energie, Löhne und Gehälter. Andererseits seien aufgrund des geringeren Steueraufkommens auch die Einnahmen gesunken. Ursachen seien unter anderem die Nachwirkungen der Pandemie, die Teuerungswelle, sicherlich auch das Schreckgespenst des Krieges über Europa, von dem man nicht geglaubt hätte, dass es wiederkehren werde. Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden stünden vor Herausforderungen, die Verantwortung und Entschlossenheit verlangten. Wenn man einen Blick über die Grenzen werfe, nach Deutschland, dem Flaggschiff der Europäischen Wirtschaft und der Europäischen Union, so sei die Regierung dort an der Budgetfrage gescheitert. In Frankreich, der zweitgrößten Volkswirtschaft der EU, stelle sich heute die Frage, ob die Regierung am Budget scheitern werde. In Österreich wisse derzeit niemand, wann und ob es auf Bundesebene gelingen werde, ein Budget zu schnüren und Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen. Geschlos-

senheit und Verantwortung seien gefordert und er freue sich, dass die Salzburger Landesregierung diese gezeigt habe. Salzburg weise den Weg. Gerade in der Krise müsse der Staat und damit auch das Land Salzburg investieren, um Arbeitsplätze, um Unternehmen zu erhalten. Gerade jetzt sei ein Deficit Spending im Sinne von Keynes angesagt, eben das heute schon mehrmals angesprochene Investieren im antizyklischen Rhythmus. Er freue sich, dass gerade dieses Budget diese elementaren Grundsätze der Wirtschaftswissenschaft umsetze. Ein Investitionspaket von € 680 Mio. sei auf die Beine gestellt worden. Darin enthalten seien etwa € 190 Mio. für die Wohnbauförderung, weitere € 40 Mio. für Spitäler sowie € 40 Mio. im Kulturbereich. Dadurch übernehme man Verantwortung für Arbeitsplätze, Verantwortung für die Wirtschaft. Auch wenn Salzburg eigentlich der Musterknabe bei der Arbeitslosigkeit sei und auch bei der Wirtschaft noch am besten dastehe, dürfe man sich nicht auf diesen Lorbeeren ausruhen. Die Erfolgsgeschichte von Salzburg sei ein Auftrag an die Zukunft, an erster Stelle zu bleiben und auch der Auftrag, noch besser zu werden. Verantwortung heiße auch, dass man in Salzburg niemanden zurücklasse. Klares Ziel bleibe es, in wirtschaftlich angespannten Zeiten Verlässlichkeit zu bieten, um soziale Sicherheit zu garantieren. Deshalb bekenne man sich zu einer Budgetsteigerung im Bereich Gesundheit von € 154 Mio. und zu einem Rekordbudget von € 1,34 Mrd. Deshalb erhöhe man auch das Sozialbudget um € 37 Mio., auch hier auf ein Rekordbudget von € 653 Mio. Deshalb würden auch die Mittel für Kinderbetreuung um € 13 Mio. angehoben, sodass sie sich für 2025 auf rund € 133 Mio. beliefen. Insgesamt seien im Budget € 212 Mio. mehr vorgesehen für soziale Verantwortung. Damit werde Verantwortung wahrgenommen für jene, für die man da sein müsse, weil sie auf Hilfe angewiesen seien. Auch beim Sozialen gehöre Salzburg zum Spitzenfeld der österreichischen Bundesländer. Aber auch hier sei es nicht Zeit, sich auf Lorbeeren auszuruhen und von der Vergangenheit zu leben, sondern sich den Aufgaben zu stellen und noch besser zu werden. Es liege nun ein Haushalt von € 4,4 Mrd. vor, mit einer Neuverschuldung von € 487 Mio. Damit sei allerdings die Grenze dessen erreicht, was langfristig zumutbar sei. Wer meine, diesen Betrag mit realitätsfernen Schlagworten und Forderungen nach oben schrauben zu können, der habe jede Bodenhaftung verloren und lasse Verantwortung für unser Land vermissen. Die Bewältigung der Krise dürfe nicht Anlass dafür sein, den Schuldenberg für Generationen beliebig und endlos zu vergrößern. Auch wenn man in Salzburg finanziell besser dastehe als andere Bundesländer, so sei auch hier nicht Anlass, sich auf Lorbeeren auszuruhen, sondern auch hier der Auftrag, besser zu werden, sich zusammenzusetzen und die Spitzenstellung zu erhalten. Das sei der Auftrag für die Zukunft. Für dieses Budget gelte Dank allen, die mitgearbeitet hätten, sich diesen Verantwortungen zu stellen und dieses Budget vorzulegen. Das gelte natürlich ganz besonders für die Fachbeamten aller Ressorts sowie den Landeshauptmann als Finanzreferenten und alle Regierungsmitglieder. Wichtig sei ihm persönlich und den Freiheitlichen ganz besonders, dass es gelungen sei, dieses Budget zu schnüren, ohne der Bevölkerung neue Steuern, Gebühren oder sonstige Belastungen aufzubürden. Gerade dann, wenn bei den Menschen und den Unternehmen die Mittel knapp würden, dürfe ihnen nicht mit neuen Steuern nochmals tiefer in die Tasche gegriffen werden. Das solle auch ganz deutlich allen, die in Wien verhandelten, ins Stammbuch geschrieben werden. Er habe ein bisschen die Sorge, dass dort manche meinten, ihre klassenkämpferischen Steuerphantasien auf den Schultern der Österreicherinnen und Österreicher ausleben zu können. Das vorgelegte Budget

sei natürlich auch nur mit Einsparungen möglich gewesen. Das Budget berücksichtige eine drastische Kürzung der Verstärkungsmittel von € 67 Mio. auf € 22 Mio. Dadurch sei nicht nur eingespart, sondern auch ein wichtiger Beitrag zum Grundsatz der Klarheit des Budgets geleistet worden. Dies sei eine langjährige Forderung der Freiheitlichen gewesen. Politik könne nur glaubwürdig sein, wenn sie gerade dann, wenn es für Haushalte und Unternehmen enger werde, als Vorbild vorangehe und wenn sie bereit sei, selbst einen Beitrag der Solidarität zu tragen. Wer die Vorbildwirkung der Politik für die Gesellschaft ernst nehme, der müsse auch heute bereit sein, bei der Klubförderung eine Kürzung um 10 % hinzunehmen. Er habe die Aussagen von Parteibossmann Abg. Egger-Kranzinger gelesen, dass dieser in den derzeit herausfordernden Zeiten jeden Beitrag und jeden Verzicht auf Förderungsmittel durch die Sozialdemokratie ablehne. Man habe Verantwortung und man habe eine Vorbildwirkung hier im Hohen Haus und er sei gespannt, wie sich die Opposition zum Novellierungsvorschlag zum Parteienförderungsgesetz verhalten werde. Diese Abstimmung werde eine Nagelprobe sein, wie sie es selbst mit Solidarität und Sparsamkeit halte. Es werde sich zeigen, ob ihre Forderungen in der Vergangenheit nur leere Sprechblasen gewesen seien oder ob sie in schwierigen Zeiten bereit seien, auch selbst einen Beitrag zu leisten. Wenn Kollege Abg. Egger-Kranzinger wortwörtlich sich geäußert habe „die Wohnbauförderung werde mit € 190 Mio. abgespeist“, dann sei dem zu entgegnen, dass das nicht stimme. Man habe sich wohl nicht informiert, dass die Mittel für Wohnbauförderung um € 15 Mio. aufgestockt worden seien. Man habe wohl auch nicht mitbekommen, dass gerade die Wohnbauförderung ein zentrales Anliegen dieser Regierung sei. Mit unrichtigen Behauptungen, die einfach erhoben würden, damit einmal etwas in der Zeitung stehe, werde keine einzige Wohnung gebaut, werde keinem Menschen in Not geholfen und werde die Wirtschaft nicht stabil gehalten. Es brauche vielmehr Maßnahmen wie klare Gesetze, Novellierungen, wie beispielsweise das neue Wohnbauförderungsgesetz, und natürlich auch die Absicherung im Budget. In diesem Zusammenhang wolle er auch noch hervorheben, dass man nicht entweder Miete oder Eigentum fördern wolle, sondern beides müsse uns am Herzen liegen. Wenn die SPÖ in der ein oder anderen Aussendung den Eindruck vermittele, dass sie die Förderung von Eigentum ablehne, dann könne sie sich gerne mit der KPÖ PLUS in ein links-rotes Schmollwinkeln setzen. Ohne jede sachliche Grundlage würden auch hier wieder Forderungen aufgestellt, die wohl nur zum Ziel hätten, mediale Aufmerksamkeit zu erregen. Er erinnere daran, dass die SPÖ salopp eine Verdoppelung der Mittel der Wohnbauförderung gefordert habe, ohne jede sachliche Grundlage, ohne jeglichen Umsetzungsvorschlag. Er habe sich auch die Mühe gemacht, die Forderungen der Opposition, wo man denn mehr Geld ausgeben solle und was man gerne hätte, zusammenzurechnen. Dies ergäbe ein Haushaltsdefizit von rund einer Milliarde. Man müsse froh sein, dass Leute nicht in Verantwortung seien, die für das Land, ohne mit der Wimper zu zucken, ein Defizit von einer Milliarde verursachen würden. Wer solche Forderungen aufstelle, habe sich selbst von jeder Verantwortung disqualifiziert. Wenn man sich dem Sozialen zuwende, höre er jetzt schon die Kritik, die bereits medial ausgerichtet worden sei. Er ersuche, sich ein bisschen an Fakten zu halten. Während sich im Rechnungsabschluss 2023 das Sozialbudget noch auf € 552,6 Mio. belaufen habe, betrage es im heurigen Budget € 653,6 Mio. Das sei eine Steigerung von € 100 Mio. zum Rechnungsabschluss 2023, im Vergleich zum Budget 2024 eine Steigerung von € 37 Mio. Allein für die Pflegeplattform belaufe sich die Steigerung auf € 31,7 Mio. Daraus erkenne

wohl jeder den Schwerpunkt dieser Regierung und den Schwerpunkt dieses Budgets, nämlich Soziales. Hierbei sei wiederum der Schwerpunkt die Pflege, € 278 Mio. sei der Regierung dieser Schwerpunkt wert. Er habe ja Verständnis, wenn die Opposition das Budget und die Regierung kritisiere. Das sei ihr Recht, das sei ihre Aufgabe. Aber man solle bitte bei der Wahrheit bleiben, bei den Fakten. Es sei für eine Opposition nicht notwendig, sich von der Wahrheit, den Fakten und den Budgetunterlagen zu entfernen, um Kritik zu üben. Wenn von sozialer Kälte gesprochen werde, wenn behauptet werde, es werde bei der Pflege, beim Sozialen gespart, dann sei das schlichtweg nicht wahr. Allein € 278 Mio. für die Pflege, er habe es gesagt. Hierunter fielen beispielsweise eine Steigerung für die Hauskrankenpflege von € 2,5 Mio. auf € 2,8 Mio., bei der Kurzzeitpflege eine Steigerung von € 270.000,-- auf fast € 300.000,--, bei der Angehörigenunterstützung eine Steigerung von € 430.000,-- auf € 555.000,--, bei den Tageszentren eine Steigerung von € 4 Mio. auf fast € 4,3 Mio. Das seien nur ein paar Beispiele, wie wichtig Soziales und Pflege genommen würden. Diese Zahlen sollten einmal zur Kenntnis genommen werden. Angesichts von € 278 Mio. für die Pflege könne man sich nur beim zuständigen Landesrat Pworny für seinen Einsatz bedanken für jene, die es am meisten bräuchten, die es am notwendigsten bräuchten und für die Sicherstellung dieses wichtigen Budgetbereichs. Da er damit rechne, dass auch das Thema Community Nurses wieder angesprochen werde, wolle er gleich einmal einiges klarstellen. Es solle endlich zur Kenntnis genommen werden, dass dieses Projekt für 2022 bis 2024 ausschließlich aus Mitteln der EU gefördert worden sei und die Abwicklung bis Ende 2024 in der Zuständigkeit des Bundes liege. Jetzt ziehe sich der Bund zurück. Hierzu erinnere er an den aktuellen Beschluss der Landeshauptleutekonferenz vom 27. November 2024, welcher Regelfinanzierungen statt Anschubfinanzierungen fordere. Dieser Beschluss sei einstimmig gewesen, also auch von sozialdemokratischen Landeshauptleuten mitgetragen. Er wünsche sich hier schon klare Standpunkte, anstatt dass man seine Meinung nach dem Wind drehe, je nachdem, in welcher Gebietskörperschaft man in welcher Aufgabe sitze. Man stehe zur Forderung Regelfinanzierung statt Anschubfinanzierung. Mit einer Anschubfinanzierung blieben nämlich im Endeffekt die Kosten bei den Gemeinden und bei den Ländern. Obwohl sich der Bund hier in verantwortungsloser Weise zurückgezogen habe, werde man heute im Budget ein klares Bekenntnis zu den Community Nurses auf Grundlage der bereits in diesem Hause gefassten Beschlüsse ablegen. Ähnlich verhalte es sich auch im Hinblick auf den Heizkostenzuschuss. Auch hier bekenne sich das Budget zur sozialen Verantwortung. Es sei bekannt, dass Salzburg beim Heizkostenzuschuss im Spitzenfeld der österreichischen Bundesländer liege. Genauso sei hier aber auch bekannt, dass sich der Bund aus seiner Verantwortung zurückgezogen habe. Trotz dieses Wissens und in Kenntnis der Höhe des Heizkostenzuschusses in Bundesländern, in denen die Sozialdemokratie den Landeshauptmann stelle, rechne er damit, dass die SPÖ sich heute hier herstelle und mit Kritik komme, die nicht der Wahrheit, nicht den Fakten entspreche. Für Kritik am Budget habe er Verständnis, auch für harte Worte, aber in der Kritik müsse man bei den Zahlen, bei der Wahrheit, bei den Fakten bleiben. Schaumschlägerei, nur damit man in der Zeitung stehe, helfe hier nicht weiter. Klubobmann Abg. Dr. Schöppl betont abschließend, dass Verantwortung wichtig sei. Verantwortung, die mit diesem Budget übernommen werde. Verantwortung für die Wirtschaft, Verantwortung für Soziales, für jene, die es

bräuchten und auch budgetäre Verantwortung für die Zukunft. Die Freiheitlichen unterstützen selbstverständlich dieses Budget und er freue sich auf eine angeregte Debatte.

Klubobmann Abg. Dr. Maurer MBA beginnt seine Wortmeldung mit einem Dank an alle Bediensteten des Landes, aber auch der Gemeinden, für ihren täglichen Einsatz im Interesse des Landes. Dank gehe an alle Landesbediensteten, die ihre Kompetenz bei der Erstellung des Budgets eingebracht hätten, insbesondere an die Abteilung 8. Die Regierungsmitglieder und vor allem der Finanzreferent hätten das Budget natürlich in den höchsten Tönen gelobt. Er habe es ja schon einmal zitiert: In der Politik sei es wie im Konzert, ungeübte Stimmen oder Besucher hielten schon das Stimmen der Instrumente für Musik. Er sei der Wahrheit verpflichtet, er sei jemand, der an den Zahlen förmlich klebe. Er habe auch überlegt, wie man das Budget kurz zusammenfassen könne und er sei auf den Begriff janusköpfiges Budget gekommen. Der Duden sage dazu, janusköpfig bedeute doppelgesichtig, etwas das sich von zwei entgegengesetzten Seiten zeige. Als Beispiel sei im Duden auch angeführt: „die Politik erwies sich als janusköpfig“. Was meine er konkret damit? Zum Beispiel im Bereich der Gesundheit habe Klubobmann Abg. Mag. Mayer erklärt, es würden 30 % des Gesamtbudgets investiert, € 1,338 Mrd. Das Janusköpfige dabei sei, dass dieses Geld nicht bei den Leuten ankomme. Man warte immer noch Monate auf Knie- oder Hüft-OPs, im Bundesländerranking liege man damit im letzten Drittel. Es stünden immer noch hunderte Betten in den Spitälern leer. Ein weiteres Beispiel, das dieses Janusköpfige ein bisschen greifbarer machen könne, sei der Haushaltsansatz für Projekte Gesundheit. Das veranschlagte Budget, rund € 1,23 Mio. sei zwar im Vergleich - und jetzt komme das Janusköpfige - zum Landesvoranschlag 2024 um rund € 556.000,-- höher, aber es sollten daraus auch zusätzliche Maßnahmen wie zB die zentrale Anlaufstelle für Nostrifizierungen, die Gründung der Gesundheitsholding etc. damit finanziert werden. Das Gesundheitssystem müsse sich dringend weiterentwickeln, den aktuellen Bedürfnissen anpassen und natürlich effizienter werden. Dazu brauche es mehr Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich, integrierte Versorgungsprogramme, Forcierung der Primärversorgung und interdisziplinäre Versorgungszentren zur Entlastung des intramuralen Bereichs, mehr Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitskompetenz und den Einsatz von Community Nurses. Das dafür veranschlagte Budget werde hierfür leider bei weitem nicht ausreichen. Und das sei wiederum das Janusköpfige. Jetzt komme er zum Bereich soziale Wohlfahrt. Hier sei schon erwähnt worden, es gebe € 693 Mio., also 16 % des Budgets. Die Realität sehe so aus, dass 500 Betten in den Seniorenwohnhäusern leerstünden, der Mangel an Pflegekräften immer größer werde, ein Pflegegipfel nach dem anderen abgehalten werde, aber nichts dabei herauskomme. Soziallandesrat Pewny kürze den Heizkostenzuschuss von € 600,-- auf € 250,--. Da frage er sich schon, wo die selbstdefinierte Partei des kleinen Mannes sei? Hier passe eher die Definition soziale Kälte. Den Ausflug in das Thema Dividendenzahlungen habe er sich eigentlich sparen wollen. Allerdings habe der Landeshauptmann in den Raum gestellt, so habe er es zumindest verstanden, dass von der Sonderdividende der Salzburg AG auch bei den Leuten etwas ankomme solle. Daher gehe seine Bitte an Landesrat Pewny, dass dieser die Kürzung des Heizkostenzuschusses zurücknehme und in der kalten Jahreszeit ein warmes Herz zeigen solle. Klubobmann Abg. Mag. Mayer habe eingemahnt, in der Diskussion bei den Zahlen zu bleiben. Er zitiere jetzt dazu den ÖVP-Bürgermeister der

Gemeinde Thalgau zum Thema Community Nurses. Dieser habe in den Flachgauer Nachrichten vom 21. November 2024 gesagt: „Ich bin vom Land extrem enttäuscht. Es gibt einen Landtagsbeschluss und die Zusage, das System zu fördern und auszubauen. Da sollte man zumindest zu seinem Wort stehen.“ Landeshauptmann-Stellvertreterin Svazek BA habe gesagt, Gas geben und bremsen gleichzeitig sei schwierig. Als Fahrschulbesitzer wisse Landesrat Ing. Pewny mit Sicherheit, dass man einen Gang höher schalten müsse, wenn man Fahrt aufnehmen wolle. Er dürfe ihn daher darum bitten, den Sozial- und Pflegeführerschein nachzuholen und endlich in die Gänge zu kommen. Zum Thema Wohnen sei zu sagen, dass der schwarz-blaue Traum vom billigen Wohnen ein Luftschloss sei. Im Budget 2024 seien € 174 Mio. für Wohnbau und € 20 Mio. an Verstärkungsmitteln veranschlagt gewesen, also zusammengerechnet € 194 Mio. Im Budget 2025 seien es nun € 159 Mio. und € 30 Mio. vom Wohnbaupaket des Bundes, welches aber an Bedingungen geknüpft sei und wo jetzt noch nicht feststehe, dass man die alle erfüllen werde, um das ganze Geld zu bekommen. Aber wenn man das gegenüberstelle komme man auf ein Minus von € 5 Mio.! Also habe man hier wiederum ein Minus vorne und kein Plus. Und das sei die bittere Wahrheit beim Thema Wohnen. Er wolle nun ein bisschen auf die Entwicklung beim geförderten und somit günstigen Wohnbau eingehen. Die Geschichte beginne mit Landesrat aD Mayr, der zwar nicht bei der ÖVP gewesen sei, aber die Regierung sei ÖVP-geführt gewesen. Zu dieser Zeit habe man noch 900 geförderte Mietwohnungen angepeilt, dann habe man das auf 650 bis 750 reduziert, das habe man einmal erreicht im Jahr 2016. In der Zeit von 2017 bis 2023 habe man insgesamt 1.900 wohnbaugeförderte Mietwohnungen nicht gebaut. Die Bevölkerung bräuchte aber mindestens 1.000 pro Jahr. Damit sei man weit weg von den Zielen. 2025 würde man nun 480 geförderte Mietwohnungen bauen. Man tanze also sozusagen den Wohnbaulimbo weiter und senke die Ziele erneut. Nun zu einer anderen spannenden Zahl, nämlich was vom Wohnbaubudget ins Budget geflossen sei und den Landeshaushalt über die Jahre immer aufge bessert habe: € 172 Mio. Im Wohnbaubudget 2025 seien es € 46,4 Mio. Vielleicht noch ein paar erschreckende, um nicht zu sagen grausige Zahlen aus dem Wohnbaubudget: Für Sanierungsförderung seien nur mehr € 19,3 Mio. angesetzt, also eine Kürzung, die veranschlagte Wohnbeihilfe sinke um € 2 Mio. gegenüber dem Vorjahr auf € 30 Mio., für die Kaufförderung sei weniger budgetiert und € 1,5 Mio. weniger seien für die Errichtung von Wohnheimen vorgesehen. Das sei die Wohnbauwahrheit in Zahlen.

Nun wolle er noch über das Budget für Kinderbetreuung sprechen. Zu Haushaltsansatz 24006, Seite 381 fortfolgend, sei zu lesen: „Wie unter Ansatz 24005 angeführt, müssten die zusätzlichen Bundesmittel abgeholt und eingesetzt werden.“ Für 2025 seien dies wie 2024 wiederum rund € 5 Mio. Wenn man sich aber den Rechnungsabschluss 2023 anschau, stelle man fest, dass davon lediglich € 2,8 Mio. abgeholt worden seien. Er wolle jetzt nicht auf die Diskussion eingehen, welche Zahlen richtig seien. Er bleibe bei den AK-Zahlen und dürfe diese nochmals zitieren. Nur 28 % der unter Dreijährigen würden institutionell betreut, Ziel seien allerdings 33 %. Der SPÖ-Bürgermeister der zweitgrößten Stadt in Salzburg, nämlich in Hallein, zeige vor, wie es gehe und baue die Kinderbetreuungsplätze aus. Denn es sei ja die Erkenntnis, die die Gewerkschaft und die Wirtschaft eine, dass der Ausweg aus dem Arbeitskräftemangel über die Kinderbetreuung führe. Nun komme er zu den Gemeinden. Der Landeshauptmann habe sie einmal als politische Keimzellen des Landes bezeichnet. Den Gemeinden stehe das

Wasser bis zum Hals. Der neu gewählte Gemeindeverbandschef habe in den SN vom 29. November 2024 gesagt: „Das ist keine Jammerei, es brennt finanziell.“ Hauptproblem seien dabei die nicht mehr so sprudelnden Bundesertragsanteile. Diese Entwicklung sei aber bis zu einem gewissen Grad absehbar gewesen, da die Konjunktur schwäche. Ganz viele Kommunen hätten Probleme, ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Der Gemeindeverbandschef habe in den SN vom 3. Dezember 2024 weiter gesagt: „Ich rechne damit, dass es 15 bis 20 Gemeinden nicht schaffen werden, ausgeglichen zu budgetieren.“ Daneben gebe es aber auch andere Gemeinden wie Unternberg. Diese sei bis 2019 auch Ausgleichsgemeinde gewesen. Man müsste dort somit eigentlich wissen, wie man knapp kalkuliere. Gestern habe jedoch die Kronen Zeitung getitelt: „FPÖ-Bürgermeister von Unternberg verprasst € 5.000,-- - Haubenmenü auf Gemeindegeldern.“ Das sei die bittere Wahrheit. Das sei Steuergeld, das verprasst werde und das sei es, was FPÖ-Politik und die Wahrheit sei. Was sei die Reaktion der schwarz-blauen Landesregierung auf die Finanzprobleme der Gemeinden gewesen? Ein Gemeindepaket von € 20,5 Mio. sei geschnürt worden, davon kämen aber € 16,5 Mio. aus dem Gemeindeausgleichsfonds, dh das zahlten sich die Gemeinden selber. Nur € 4 Mio. kämen aus dem Landeshaushalt und das sei wieder eine Einmalmaßnahme und nichts Strukturelles, was die Gemeinden jedoch dringend bräuchten. Spannend sei in diesem Zusammenhang auch der brandneue Prüfbericht des Landesrechnungshofes zum Thema Gemeindeausgleichsfonds vom November 2024. Darin kritisiere der Landesrechnungshof, dass zwischen € 6,9 Mio. und € 8,4 Mio. an Dritte ausbezahlt worden seien, was laut Finanzausgleichsgesetz unzulässig sei. Wer seien die Nutznießer dieser Millionenbeträge gewesen? Er könne hier zwei erwähnen. In den Jahren 2021, 2022 und 2023 seien in Summe € 10 Mio. an den Verkehrsverbund und € 8 Mio. an den Fonds zur Erhaltung des ländlichen Straßennetzes geflossen. Auch zum Thema Schuldenmachen werde er noch kurz etwas sagen. Im Juni 2023 habe der Landeshauptmann als Finanzreferent von seinem Vorgänger einen Schuldenstand per 31. Dezember 2023 von € 1,272 Mrd. übernommen. Im Landesvoranschlag 2025 sei eine Neuverschuldung von rund einer halben Milliarde, für den Zeitraum 2025 bis 2029 zusätzliche Schulden von €1,325 Mrd. geplant. Dies ergebe für 2027 einen Schuldenstand von € 2,615 Mrd. Verfolge Finanzreferent Dr. Haslauer diesen Weg also weiter, so werde sich der Schuldenstand verdoppeln! Da nütze es auch nichts, wenn man immer wieder betone, dass im Voranschlag 2025 die höchsten Investitionen in Salzburg in der Zweiten Republik ausgewiesen seien. Jetzt komme er zum Thema Prestigeprojekte. Hier stelle sich die Frage, wie diese definiert würden. Ein paar Beispiele könnten illustrieren, was aus seiner Sicht und aus Sicht des Steuerzahlers Prestigeprojekte seien. Man hole sich beispielsweise einen Ableger des Belvedere-Museums nach Salzburg. Im Landesvoranschlag 2025 seien hierfür Gesamtkosten von € 41,91 Mio. ausgewiesen. In der Beantwortung einer Anfrage der SPÖ seien € 57,36 Mio. angeführt und der ORF habe am 12. November 2024 von € 68 Mio. berichtet. Man rede also von einer Kostensteigerung von € 26 Mio., soviel zu den Themen Sparen und Budgetwahrheit. Viel Geld, nämlich € 37 Mio, sei auch für die Antheringer Au ausgegeben worden. Die Entsorgungskosten für den dort abgelagerten Müll habe man dabei aber nicht berücksichtigt. Deshalb habe die SPÖ den Landesrechnungshof beauftragt, das alles zu prüfen. Zu den Kosten für den Festspielbezirk habe Landeshauptmann Dr. Haslauer am 4. Mai 2022 auf eine SPÖ-Anfrage geantwortet, dass die Baukosten in Höhe von € 262,8 Mio. halten würden. Im Juni 2024 sei publik geworden, dass man mittlerweile von

€ 400 Mio. rede. Hier müsse man natürlich dazusagen, dass Land und Stadt jeweils 30 % zahlen und der Bund 40 %. Nun habe sich herausgestellt, dass die Kosten gar auf € 480 Mio. anwüchsen, wie die Salzburger Nachrichten am 30. November 2024 berichtet hätten. Also das zum Thema Budgetwahrheit. Denn betonen wolle er schon, er habe nicht gesagt, dass die SPÖ gegen dieses Projekt sei, er habe nur die Preisentwicklung aufgezeigt. Last but not least wolle er noch über das Landes-Dienstleistungszentrum reden. Ursprünglich seien Kosten von € 195 Mio. veranschlagt worden, Gesamtkosten laut Investitionsplan 2025 € 341 Mio. Zusammengerechnet ergebe dies also eine Kostensteigerung von € 146 Mio. bis jetzt. Für die SPÖ sei klar, dass die Grundbedürfnisse der Menschen Vorrang haben sollten vor Prestigeprojekten. Es werde eine große Aufgabe sein, die vorhandenen, begrenzten Mittel richtig und sparsam einzusetzen, habe der Herr Landeshauptmann in der Vergangenheit gemahnt. Das sei richtig, daher dürfe man nicht in Prestigeprojekte, sondern müsse in leistbares Wohnen investieren. Man müsse nachhaltige Investitionen in die Pflege tätigen, damit die Pflegekrise endlich beendet werde, damit die monatelangen Wartezeiten auf die OPs reduziert würden und damit die Kinderbetreuung ausgebaut werde, um nur einige Dauerbaustellen zu nennen. Auch zu Demokratie und Landtag wolle er noch einige Worte verlieren. Es zeichne schon ein Sittenbild, wie man die Demokratie hier in diesem Hohen Haus fördere. Man gönne sich selber eine Erhöhung, aber man spare ja bei den Klubs ein. Bei der Klubförderung werde immer von minus 10 % gesprochen. Offenbar habe man sich da verrechnet, denn er komme auf knappe minus 18 %, die bei der Demokratie gespart würden. Aber für Dienstlimousinen, Verfügungsmittel und Prestigeprojekte sei offenbar genug Geld da. Der Sparstift werde aber beim Personal angesetzt, 100 Dienstposten sollten in der nächsten Zeit eingespart werden. Der Bürgermeister der Stadt Salzburg hingegen stocke zumindest um 80 Dienstposten auf. Und wenn die AK kritisiert werde, könne er darauf nur empfehlen, sich einmal die Kammer für Land- und Forstwirtschaft anzuschauen. Dort werde der Sparstift nicht angesetzt, sondern die entsprechenden Budgetmittel von € 6,4 auf € 7,5 Mio. erhöht, immerhin 15,6 % mehr. Hätte man diese Summe für die Community Nurses vorgesehen, wo nur € 600.000,-- benötigt würden, würde sogar noch etwas übrigbleiben. Ein Schelm, wer dabei denke, dass diese Steigerung mit der Landwirtschaftskammerwahl im Frühjahr 2025 zu tun haben könnte. Zusammenfassend sei aus seiner Sicht zum Budget zu sagen, dass wie schon in der Vergangenheit auch diesmal wieder keine Lösungen für die vielen Dauerbaustellen gefunden worden seien. Die Pflegekräfte seien weiterhin am Limit, wenn sie überhaupt da seien und nicht zu Hunderten fehlten, Reformen seien wieder nicht auf Schiene gebracht worden. In Seniorenwohnhäusern und Spitälern stünden die Betten leer, die Wohnpreise galoppierten ins Unbezahlbare und die Salzburger und Salzburgerinnen kämpften, damit sie über die Runden kämen. Wer also in diesem Budget eine Strategie suche, der werde nicht fündig werden. Es gehe eher darum, dort zu kürzen, wo man den geringsten Widerstand erwarte. Das sei kein Budget zum Wohle des Landes. Diesem Budget fehle aus Sicht der SPÖ sowohl Wirkung als auch Treffsicherheit und darum werde man diesem Voranschlag auch nicht zustimmen.

Klubobfrau Abg. Hangöbl BEd berichtet, dass sie als Mittelschullehrerin angehalten sei, komplexe Dinge pointiert zu formulieren. Dies werde sie nun auch in ihrer Budgetrede versuchen. Im Geschichteunterricht sei es oft verhältnismäßig einfach, Kinder mit Geschichten um Gladi-

atoren und griechische Götter zu begeistern. Kinder für Politik zu begeistern, sei da schon etwas schwieriger. Kinder verstünden jedoch bereits sehr gut, dass es in der Politik vor allem um zwei Dinge gehe, einerseits um Gesetze zu beschließen, an die sich alle halten müssten und andererseits, um zu entscheiden, wieviel Geld wofür verwendet werden solle. Über diese Verteilungsfrage werde man heute diskutieren. Die Verteilungsfrage, wofür werde Geld ausgegeben und wofür nicht, sei eine zentrale politische Frage. Einige Kritikpunkte, die der KPÖ PLUS ausgerichtet worden seien, seien zu erwarten gewesen. Offensichtlich wisse die Regierung bereits, was vielleicht in der Bevölkerung nicht so gut ankomme von dem, was in diesem Budget heute beschlossen werde. Unterhalte man sich derzeit mit Sozialeinrichtungen oder mit Vereinen und Trägern im sozialen Bereich, berichteten alle, dass man den Gürtel enger schnallen müsse. Die Geflüchtetenberatung der Diakonie werde gestrichen, das Projekt Community Nurses eingestellt. Es werde bei der Kija sowie bei der Hilfe für werdende Mütter von € 290.000,-- auf € 46.000,-- gekürzt. Auch der Heizkostenzuschuss, der abgetan worden sei, als wäre er ein populistisches Instrument über das sich die Opposition gerne unterhalte, erfahre eine Kürzung von € 600,-- auf € 250,--. Diese Kürzung wirke sich auf das reale Leben vieler Salzburger:innen aus, die ohnehin schon unter der Armutsgrenze lebten. Im Sozialbereich würden verhältnismäßig geringe Budgetposten gekürzt, die jedoch für die Lebensrealität dieser Menschen einen großen Unterschied ausmachten. Daneben werde es in Salzburg allerdings Leute geben, die den Gürtel nicht enger schnallen müssten. Viele davon säßen heute in diesem Raum. Das sei kein Populismus, sondern eine demokratiepolitische Entscheidung. Es sei eine Entscheidung, ob man das Vertrauen der Bevölkerung haben wolle und man selbst mit gutem Beispiel vorangehe oder eben nicht. Die Landesregierung lebe hier den Traum von Gewerkschaftern. Sie könne sich nämlich ihre Gehälter einfach selbst erhöhen. Sie lebe auch den Traum vieler Schülerinnen und Schüler, denn sie könne sich einfach selbst beurteilen. Sie sage sich selber, viel geleistet zu haben, dies müsse honoriert werden. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler koste dies € 400.000,--. Es sei vermessen, immer noch daran zu glauben, dass Leistung und Einkommen in diesem System, in dem man lebe, in irgendeinem Zusammenhang stünden. Es gebe Menschen, die zB für € 1.600,-- in der Gebäudereinigung arbeiteten, deren Körper massiv durch diese Arbeit zerstört würden. Leute bei der Müllabfuhr müssten bei jedem Wetter ganz früh aufstehen und unser aller Dreck wegräumen. Deshalb sei es absolut vermessen, hier zu sagen, dass hier herinnen jene seien, die die Leistung trügen und deshalb eine Gehaltserhöhung verdienten. In Wahrheit bräuchte diese Erhöhung niemand hier. Der Gürtel werde auch nicht enger geschnallt, wenn es um die Prestigeprojekte gehe. Dabei handle es sich nicht um Krankenhäuser oder Infrastrukturmaßnahmen, sondern zB um die Festspielhäuser, wo sich jetzt schon abzeichne, dass man mit den veranschlagten Kosten nicht auskommen werde. Weitere Prestigeprojekte seien zB die kommende Ski-WM, wo Werbekosten offenbar überhaupt keine Rolle mehr spielten und ein neues Museum in der Innenstadt. Dies solle man nochmal überdenken. Ein Thema, das die Menschen in Salzburg am meisten beschäftige, sei das leistbare Wohnen. Da könne man ein Landesbudget nicht mit einem Budget eines Haushaltes vergleichen. Im Landesbudget gehe es darum, klug zu investieren und nicht nur darum, wo eingespart werden könne. Es gehe darum, Geld dort einzusetzen, wo man in den nächsten Jahrzehnten noch etwas davon habe. Wichtig sei dies auch beim Wohnbau. Es gehe darum, eine Wohnbauoffensive zu starten. Qualitätsvolles, leistbares

Wohnen sei das Grundbedürfnis aller Menschen im Bundesland, egal wie das Einkommen aussehe. Genau hier müsse die öffentliche Hand Geld in die Hand nehmen, damit dies für alle gesichert werden könne. Man merke jetzt, dass der Markt nur regle, dass die Gewinne der Immobilienbesitzer und der Spekulanten immer höher würden und sich die Leute zunehmend das Wohnen nicht mehr leisten könnten. Es gehe um Alleinerzieher:innen, um Pensionist:innen, um Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen, aber auch zunehmend um den Mittelstand. Wohnen sei ein Thema, welches mittlerweile eine große Mehrheit im Bundesland stark beschäftige. Es sei nicht nur so, dass man sich wenig ambitioniert verhalte und die Ziele immer weiter nach unten stecke. Darüber hinaus gehe es auch darum, dass man bei der Expertise, dem SIR einspare. Das Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen verfüge über eine wichtige Expertise zu diesen Themen. Vielleicht seien dies Ergebnisse, die der Landesregierung unangenehm seien. Es sei enorm wichtig, dass man dieses große Projekt Wohnraum in Salzburg angehe. Es gebe aber auch Positives von diesem Budget zu berichten. So gebe es einzelne Projekte, wie zB die Schulsozialarbeit, die forciert würden. Dies sei gerade für sie als Lehrerin sehr positiv. Ebenso positiv finde sie, das Landeshauptmann Dr. Haslauer und die KPÖ PLUS offensichtlich übereinstimmen, dass die steigenden Netzgebühren für das Stromnetz für viele Menschen im Bundesland zu einem großen Problem würden. Man habe in der Vergangenheit gesehen, wie die Energiekosten die Menschen belastet hätten. Wenn jetzt noch Netzgebühren hinzukämen, werde es sich für viele Menschen nicht mehr ausgehen. Dass die Klubförderung der Landtagsparteien gekürzt werden solle, sei ebenso positiv hervorzuheben. Dabei handle es sich um eine Forderung, die die KPÖ PLUS seit Jahren erhebe. Trotzdem bleibe als Fazit übrig, dass die Landesregierung vor allem dort kürze, wo es die Menschen am nötigsten bräuchten. Die Ziele beim Wohnen seien wenig ambitioniert, das Grundbedürfnis der Menschen werde nicht so in den Vordergrund gestellt, wie es nötig wäre, man sei leidenschaftslos. Die Frage der Verteilungsgerechtigkeit stelle man hier, aber sie werde leider nicht beantwortet.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA schließt sich eingangs dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes an, die an der Erstellung des über 1.300 Seiten starken Budgets beteiligt gewesen seien. Sie wisse, was es bedeute, ein Sparbudget zu erstellen, wenn man jede einzelne Zeile durchforsten und schauen müsse, was möglich sei. Erfreulich sei das Lob von Klubobmann Abg. Mag. Mayer, dass man sich in den letzten zehn Jahren einen finanziellen Freiraum geschaffen habe, um das Land voranzubringen. Die GRÜNEN seien ja den Großteil dieser Zeit auch in der Regierung gewesen. Wenn man sich das aktuelle Budget ansehe, sei das eine deutliche Absage an die Zukunft. Es zeige eindrücklich, dass weder die soziale Gerechtigkeit noch der Natur- und Klimaschutz Prioritäten dieser Regierung seien. Was man hier erlebe, sei eine riskante Mischung aus Ignoranz gegenüber der Klimakrise, dem Artensterben und eine soziale Kälte, die die Menschen in Salzburg hart treffe. Je tiefer man einsteige in die 1.337 Seiten des Budgets, desto offensichtlicher werde der hartherzige Sparkurs von ÖVP und FPÖ. Beginnen wolle sie beim Klimaschutz, dessen Budget de facto halbiert werde, von € 3,46 Mio. auf gerade einmal € 1,82 Mio. Das zeige, wie wenig Schwarz-Blau von der Dringlichkeit des Klimaschutzes verstanden habe und wie egal ihnen die Menschen seien, die immer mehr unter den Auswirkungen der Klimakrise litten. Die Klimakrise sei längst in Salzburg angekommen. Die GRÜNEN würden nicht müde, auf diese Fakten hinzuweisen. Bei

der Klimakrise gehe es genau um die Ehrlichkeit, die Landeshauptmann-Stellvertreterin Svazek gefordert habe, nämlich aufzuzeigen, ehrlich zu sein und unangenehme Wahrheiten auszusprechen. Mit diesem Budget ignoriere man hingegen die Dringlichkeit des Klimaschutzes. Klimaschutzprojekte seien bei der Präsentation des Budgets als „zu abstrakt“ bezeichnet worden. Für eine Klimaschutzlandesrätin seien also Klimaschutzprojekte zu abstrakt, sie könne damit nichts anfangen. Sie könne nichts anfangen mit den Arbeiten zur Umsetzung des Masterplans Klima und Energie, mit dem Salzburg seine Klimaziele erreichen solle. Das seien nicht irgendwelche Ziele, sondern das seien Ziele für unsere Zukunft. Die Klimaschutzlandesrätin könne auch nichts anfangen mit Programmen für Unternehmen und Organisationen, um sie bei ihren Maßnahmen zur Energieeffizienz und für den Klimaschutz zu unterstützen. Sie könne nichts anfangen mit Projekten zur Anpassung an den Klimawandel, bei denen die Gemeinden unterstützt und beraten würden, wie mit den Gefahren in ihren Gemeinden umzugehen sei, Stichwort Hochwasser, Muren, Trockenheiten, Hangrutschungen und Felsstürzen. Bei Pilotprojekten in St. Koloman, Unternberg, Bad Hofgastein, Seeham und Mittersill sei das Interesse der Gemeinden allerdings sehr groß, denn es gehe um die Lebensqualität in den Gemeinden. Gerade Mittersill sei eine Gemeinde, die ganz massiv von Naturgefahren betroffen sei, die durch den Klimawandel hervorgerufen würden. Solche Projekte brauche es. Das seien die Notwendigkeiten der Zeit. Es werde jedoch das Klimabudget halbiert, während Murenabgänge, Rutschungen, Felsstürze, Überflutungen und Hitzewellen die Menschen, die Gemeinden und die Unternehmen belasteten. Wenn Herr Landeshauptmann sage, nichts sei so teuer wie die Arbeitslosigkeit, dann halte sie dem entgegen, nichts sei so teuer für ein Land, wie nicht in die Bekämpfung der Klimakrise zu investieren. Man habe ganz aktuelle Zahlen von Landesrat DI Dr. Schwaiger dazu bekommen. Er habe darüber informiert, dass durch den Katastrophenfonds des Landes zuletzt € 5,8 Mio. für 537 Schadensfälle zugesagt worden seien. Diese Schadensfälle würden immer mehr. Der Klimawandel sorge für immer mehr Schäden. Landesrat DI Dr. Schwaiger habe zu den Schäden gesagt: „Die Zunahme dieser Fälle ist laut Experten insbesondere auf den Klimawandel zurückzuführen. Mittlerweile gibt es in Salzburg ein Drittel mehr Tage mit Starkregen. Früher kamen 50 bis 60 Liter pro Quadratmeter alle 30 Jahre vor, jetzt kommt so etwas mehrmals jährlich vor. Der Starkregen fällt auch über 2.500 Meter Seehöhe und geht teilweise bis in die Wintermonate. Der Permafrost taut auf, dadurch kommen schneller enorme Mengen an Gesteine zusammen. Das führt zwangsläufig zum Verlust von Lebens- und Wirtschaftsraum sowie landwirtschaftlichen Flächen“. Das seien die Fakten. Sie frage sich, was der Landeshauptmann gemeint habe, wenn er gesagt habe, der Klimawandel mache Angst und diese werde auch noch befeuert. Wovon werde sie befeuert, von den Fakten, von einem Landesrat, von Experten und Expertinnen oder von den jungen Menschen von Fridays for future? In den letzten zehn Jahren habe der Katastrophenfonds 13.000 Schadensfälle abgewickelt mit einem Gesamtschaden von rund € 141 Mio. Das seien 13.000 Situationen gewesen, die Menschen belasteten, in denen sie Angst gehabt hätten. Von diesen Schadensfällen seien € 55 Mio. von Unternehmen und Privatpersonen in Salzburg getragen worden. Das sei nicht abstrakt, das sei bittere Realität. Man verliere durch den Klimawandel bereits jetzt Lebens- und Wirtschaftsraum und landwirtschaftliche Flächen. Frau sollte meinen, die Antwort der Landesregierung wäre, massiv in den Klimaschutz zu investieren. Aber

nein, diese Budgets würden gekürzt, wichtige Projekte gefährdet oder ganz gestrichen. Projekte, die nicht nur für den Schutz der Gesundheit, der Lebensgrundlagen und des Klimas wichtig seien, sondern auch für die Wirtschaft. Die Wirtschaft sei heute schon sehr oft erwähnt worden und das zu Recht, da sie natürlich auch unseren Wohlstand sichere. Jede Investition in den Klimaschutz schaffe Arbeitsplätze und mache das Land langfristig resilient. Auch im Bereich der Wohnbauförderung fahre man die Anreize für nachhaltiges Bauen, für ökologisches Bauen, für klimafreundliches Bauen zurück. Das Sanierungsbudget von über € 50 Mio. 2024 werde auf € 18,5 Mio. heruntergekürzt. Damit könnten im nächsten Jahr nur rund 2.850 Sanierungsfälle gefördert werden. Da heuer bis zum Oktober bereits 7.111 Anträge angemeldet worden seien und viele noch in der Pipeline warteten, um das Geld zu bekommen, bedeute das de facto einen Förderstopp. Es gebe auch keine Verstärkermittel mehr, die für den Wohnbau zweckgewidmet seien. Die Verstärkermittel seien von über € 60 Mio. auf € 20 Mio. runtergefahren worden. Vor der Landtagswahl seien sich noch alle Parteien einig gewesen und Klubobmann Abg. Dr. Schöppl habe betont, dass man den Sanierungsbereich hochfahren müsse. Man brauche eine Sanierungsquote von 3 %, das sei wichtig. Diese Sanierungsförderung trage durch Reduzierung der Energiekosten dann auch zur Entlastung der Menschen bei und habe nebenbei positive Auswirkungen auf das Klima. Wenn Klubobmann Abg. Mag. Mayer von billigerem Bauen durch Normenabbau spreche, dann frage sie sich, ob er damit meine, dass man altersgerechtes und barrierefreies Bauen nicht brauche. Man vergebe die Chance, alle Wohnungen in diesem Bundesland so zu bauen, dass nicht nachträglich mit teurem Geld ein Aufzug eingebaut werden müsse. Es sei kurzsichtig, wie hier Wohnbau betrieben werde. Bei der Energiewende zeige sich ein ähnliches Bild. Sie habe zwar gehört, es werde so viel investiert, es gebe auch so viel Geld der Salzburg AG für den Bereich. Aber wenn sie sich die Budgetpositionen im Energiebereich ansehe, dann habe sie Einsparungen in der Höhe von mindestens € 2,35 Mio. gefunden. Förderungen für die Umstellung auf erneuerbare Energien würden gestrichen, Programme zur Energieeffizienz aufs Abstellgleis geschoben. Beim Impulspaket Energiewende gebe es ein Minus von 2,1 %, bei der erneuerbaren Wärme für Gebäude minus € 900.000,--. Leichte Erhöhungen beim Masterplan Energie und bei der Energieberatung könnten dies nicht ausgleichen. Der Ökoenergiefonds komme nur mit den € 2 Mio. des Bundes auf ein leichtes Plus. Also auch in diesem Bereich gebe es Kürzungen. Der Landeshauptmann habe bei der Budgetpräsentation gesagt, € 14 Mio., die in der Wohnbauförderung für Photovoltaik im Vorjahr getätigt worden seien, würden komplett gestrichen. Landeshauptmann-Stellvertreterin Svazek habe gesagt, man sei schon so gut bei der Photovoltaik, da brauche man keine Förderung, man setze auf Speicher. Natürlich seien Speicher wichtig, aber so in eine Photovoltaikförderung reinzufahren sei kurzsichtig. Mit so einer Budgetpolitik verspiele Schwarz-Blau die Chance, Salzburg schneller von fossilen Brennstoffen unabhängiger zu machen. Diese Kürzungen würden uns in Zukunft doppelt und dreifach treffen und kosten. Sie verhinderten die Erreichung der Klimaziele, verhinderten, dass die Menschen in Salzburg von langfristig niedrigeren Energiekosten profitierten und schwächten die regionale Wirtschaft. Die Signale des aktuellen Budgets seien für die regionale Wirtschaft fatal, weil Unternehmen Orientierung brauchten. Jüngst habe es im Hinblick auf die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene einen Appell von 125 großen österreichischen Unternehmen gegeben. Sie hätten gefordert, den Klimaschutz zu verstärken, Investitionen zu unterstützen

und Planbarkeit zu sichern. Da seien Unternehmen wie Spar, Lidl, A1, Maschinenring, dm, Metro oder Ikea dabeigewesen. Die Aussage sei gewesen, dass die Entwicklung zur Klimaneutralität bis 2040 absolut notwendig für eine langfristig erfolgreiche Wirtschaft sei und die Unternehmen Planungs- und Investitionssicherheit bräuchten. Es seien auch viele Salzburger Unternehmen an diesem Appell beteiligt gewesen. Unter den neun umsatzstärksten Unternehmen in Salzburg seien drei gewesen, die diesen Appell unterzeichnet hätten: Spar, dm und Lidl. Dieser Appell an die Bundesregierung habe auch für Salzburg Gültigkeit. Dahinter stünden Unternehmen mit einem Gesamtumsatz von knapp € 28 Mrd. und rund 100.000 Beschäftigten. Gefordert werde Kontinuität und Ambitionen bei den politischen Zielen. Ein Schlingerkurs in der Klimapolitik, beim Ausstieg aus den Fossilen und den Verbrennerautos hin zur Elektromobilität bringe die Unternehmen in Schwierigkeiten. Das sehe man ja derzeit bei der Automobilindustrie in Deutschland, daran hänge auch die Existenz österreichischer Unternehmen. Zum Thema Naturschutz wolle sie zunächst einmal sagen, dass sie es so satt habe, wenn Naturschutz und Klimaschutz gegeneinander ausgespielt würden und man immer gerade so argumentiere, wie man es brauche. In Wirklichkeit werde der Naturschutz unter dem Vorwand der Verfahrensbeschleunigung ausgehebelt. In Wirklichkeit gehe es der Regierung nur darum, schneller verbauen zu können. Sie produziere ein Anti-Naturgesetz nach dem anderen, denn nichts Anderes sei es, wenn der Biotopschutz im gewidmeten Bauland einfach in Bausch und Bogen gestrichen werde. In der kommenden Novelle des Naturschutzgesetzes werde die Definition „freie Landschaft“ massiv eingeschränkt, damit gebe es wieder mehr Zersiedelung. Zudem fahre die Naturschutzlandesrätin mit ihrem Naturschutzbudget eine Doppelstrategie. Sie kürze die Mittel für den gesetzlich verankerten Naturschutz und setze stattdessen aufs Geldverteilen. Aus dem Klimaschutzbudget schichte sie € 500.000,-- um, um ihre bäuerliche Portokassa aufzufetten. Mit den zusätzlichen € 500.000,-- bediene sie eine Zielgruppe, die jetzt neben den Jägerinnen und Jägern scheinbar zu ihrer Hauptwählerinnengruppe werden solle, die Bauern und Bäuerinnen. Mit einer Inbrunst widme sie sich der Romantisierung des bäuerlichen Stands, verteufle die Renaturierungsverordnung und sei auf allen landwirtschaftlichen Veranstaltungen und Festen zu finden. Die ÖVP kümmere das scheinbar wenig, wenn Marlene Svazek da so tief in ihre Zielgruppe hineingehe. Unter der Überschrift des Vertragsnaturschutzes setze Landeshauptmann-Stellvertreterin Svazek ihre Charmeooffensive fort und verteile das Geld, dem habe die ÖVP wenig entgegenzusetzen. Vertragsnaturschutz gebe es an sich ja schon lange. Es gehe dabei um freiwillige, privatrechtliche Vereinbarungen auf Zeit, wo Bauern und Bäuerinnen Vergütungen bekämen, wenn sie zB ihre Wiesen nicht fünfmal, sondern nur zweimal im Jahr mähten, wertvolle Flächen erhielten und pflegten. Das sei eine gute Maßnahme in der Naturschutzpolitik. Kritisch werde es dann, wenn der gesetzliche Naturschutz ausgehöhlt werde, um den Vertragsnaturschutz immer weiter auszubauen. Dies führe dazu, dass es Naturschutz nur mehr auf Zeit und nur mehr gegen Geld gebe. Dieser Kurs werde mit dem Budget 2025 eingeschlagen, das sähen die GRÜNEN kritisch. Es gebe also Einsparungen im Klimaschutz, im Wohnbau, in der Energiewende und das werde dann als Hinwendung zur Praxis und zu den Schicksalen bezeichnet. Noch gravierender als im Umweltschutz seien aber die Einschnitte im sozialen Bereich, weil diese die Menschen ganz unmittelbar trafen, noch dazu in einer Zeit steigender Lebenserhaltungskosten. Über den Heizkostenzuschuss habe man schon viel diskutiert. Diese wichtige Leistung

werde mehr als halbiert, von € 600,-- auf € 250,--. Die Behauptung der Regierung, dass ja gar nicht mehr als halbiert werde, greife nicht. Unter grüner Regierungsbeteiligung sei der Heizkostenzuschuss nämlich bereits auf € 300,-- erhöht worden, mit Bundesmitteln dann auf € 600,-- aufgestockt. Das könne man nachlesen. Die Regierung verbreite hierzu Märchen und versuche, falsche Informationen, falsche Zahlen zu verbreiten. In einer Zeit, in der die Energiekosten viele Menschen in die Knie zwingen, entziehe diese Regierung genau jenen Menschen die Unterstützung, die sie bräuchten. Dies passiere in einer Zeit, in der viele Menschen nicht wüssten, wie sie steigende Mieten und Energiekosten stemmen sollten, die Strompreisbremse auslaufe und die Stromnetzgebühren stiegen. Eine Berechnung gehe für Salzburg von über € 600,-- an zusätzlichen Kosten jährlich aus.

Derzeit befinde man sich mitten im Aktionszeitraum von „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“. Man trage die lila Schleife als Zeichen, dass man unmissverständlich NEIN sage zu jeder Form von Gewalt. Anträge zur Gewaltprävention würden im Landtag einstimmig beschlossen, das sei gut so! Erfreulicherweise gebe es auch mehr Geld für den Gewaltschutz. Ein großes Danke gehe hier an Landesrätin Mag.^a Gutschi. Es sei wirklich hoch einzuschätzen, dass sie in Zeiten von schwierigen Budgets erreichen habe können, dass für Schutzwohnungen mehr Geld da sein werde. Ein Danke gebühre ihr an dieser Stelle auch dafür, dass sie den Mut beweise, die erste Anlaufstelle für ME/CSF in Österreich zu etablieren. Aus ganz Österreich habe man dazu Rückmeldungen bekommen, wie wichtig dies sei. Es sei jedenfalls schön, dass heute alle unmissverständlich NEIN sagten zu Gewalt. Gleichzeitig zeige sich aber im Landesbudget 2025 eine Form von Gewalt gegen Frauen. Es sei eine Auswirkung struktureller Gewalt, wenn Frauen von den Kürzungen des Heizkostenzuschusses überproportional betroffen seien. Die Zahlen sprächen eine klare, deutliche Sprache. Rund zwei Drittel der Personen, die einen Heizkostenzuschuss bekämen, seien Frauen. Im Jahr 2023 seien das 7.728 Frauen gewesen, ältere Frauen, Alleinerzieherinnen und Working Poor. Hinter diesen 7.728 Förderfällen steckten Schicksale und Lebensgeschichten von Anspannung, Stress, Verzweiflung, Sorgen und Ausweglosigkeit. Sie habe kürzlich ein Gespräch mit einer alleinerziehenden, jungen Mutter mit zwei kleinen Kindern geführt. Als sie ihr erzählt habe, dass der Heizkostenzuschuss um mehr als die Hälfte gekürzt werde, habe sie große Augen bekommen und gesagt: „Die € 600,- sind wirklich eine große Unterstützung. Wenn die wegfallen, weiß ich nicht, was ich tun soll.“ Was würde der Soziallandesrat dieser Frau sagen? Gleichzeitig werde nicht nur der Heizkostenzuschuss, sondern auch das Budget für Hilfen für werdende Mütter halbiert! Es werde von € 286.800,-- auf € 144.000,-- runtergekürzt. Wenn man in die Erläuterungen hineinschaue, lese man, dass mit diesem Ansatz die sozialarbeiterische Familienberatung finanziert werde und finanziell schwache, werdende Mütter dabei unterstützt würden, notwendige Anschaffungen für ihr Baby zu tätigen. Werdende Mütter würden darüber hinaus umfassend und kostenlos über mögliche sozialrechtliche Ansprüche informiert. Der Ansatz, kein großer Ansatz, aber ein Ansatz mit großer Wirkung, werde halbiert. Auch im Bereich der Wohnbeihilfe werde gespart. Beim Zugang zu geförderten Mietwohnungen solle es im neuen Gesetz verschärfte Zugangsbeschränkungen für „Ausländer“ geben. Hier werde es zu einem Anstieg von Härtefällen und Obdachlosigkeit kommen! Das sei zumindest die Einschätzung der Sozialabteilung des Landes, die in ihrer Stellungnahme zum Wohnbauförderungsgesetz sehr unmissverständlich

klargemacht habe, dass im Sozialbudget keine finanziellen Mittel für die Schaffung von zusätzlichen Notschlafstellen in Folge des zu erwartenden Anstiegs der Obdachlosigkeit zur Verfügung stünden. Sie sei gespannt, ob man das wirklich so durchziehen werde und wie es dann aussehe, wenn man mehr Härtefälle und mehr obdachlose Menschen in Salzburg habe. Auch das erfolgreiche Community-Nursing-Programm werde massiv gekürzt. Was habe man im Hohen Haus darum gerungen, dass sie nicht gekürzt würden, dass das Land Salzburg das Geld aus dem Pflegefonds des Bundes, das seien über € 60 Mio., bekomme. Damit hätten die Community Nurses finanziert werden können. Es sei eine rein politische Entscheidung, das Geld nicht für die Community Nurses in vollem Umfang heranzuziehen. Dieses Programm unterstütze unzählige Menschen dabei, länger selbständig daheim leben zu können, auch wenn sie leicht pflegebedürftig seien und es gebe auch vielen einen Job. Mit dieser Budgetentscheidung habe man es einerseits geschafft, dass viele Menschen die Unterstützung verlören und andererseits, dass die Mitarbeiter:innen jetzt ein schwarz-blaues Weihnachtsgeschenk unterm Christbaum hätten, die Kündigung! Ähnlich hart sei das, was mit dem Projekt Bolaring gemacht worden sei. Die Absage an dieses dringend notwendige Sozialprojekt, welches zweieinhalb Jahre vorbereitet worden sei, wo bis zum Schluss Konzepte ausgearbeitet worden seien, Finanzpläne erstellt worden seien, Verträge unterschriftsreif ausgehandelt worden seien, sei völlig überraschend gekommen. Diese Chuzpe müsse man einmal besitzen, einfach von heute auf morgen ein dringendes Sozialprojekt abzdrehen, bei dem schon rund 80 ältere Menschen mit psychischen Erkrankungen auf der Warteliste stünden, die nicht adäquat versorgt seien. Auch wenn das Sozialbudget insgesamt ansteige, dürfe man dabei nicht vergessen, dass man Valorisierungen bedecken müsse und ansteigende Tarife habe. Die Anstiege dafür habe es im Sozialbudget in den zehn Jahren der GRÜNEN in Ressortverantwortung immer gegeben, denn ein Sozialbudget dürfe nicht gleichbleiben oder schrumpfen. Im Sozialbudget für 2025 sehe man aber, dass die großen Baustellen unbearbeitet blieben. Wie werde es weitergehen mit der Versorgung der Menschen in den Seniorenwohnhäusern? Es sei zwar angesprochen worden, dass die Ansätze erhöht worden seien, aber was heiße das konkret? Wie würden die Angehörigen endlich entlastet? Wann könne man endlich das neue Pflegegesetz diskutieren, wann werde es vorgelegt? Wann werde vor allem die Pflegekrise endlich entschlossen angepackt? Denn mit einer Tour des Landesrates durch die Häuser, mit Wirtschaftlichkeitsanalysen der Häuser und erfolglosen Pflegegipfeln werde man die aktuellen Probleme nicht lösen können. Da brauche es mehr Geld auch für die Senior:innenwohnhäuser. Sie erkenne schon an, dass die Zeiten für Regierende herausfordernd seien, sowohl auf Bundes-, Landes- als auch auf Gemeindeebene. Gleichzeitig träten in finanziell angespannten Zeiten die Prioritäten der Regierungen nochmals klarer zu Tage. Man mache eben die Politik nach den jeweiligen Vorstellungen. Ob diese Vorstellungen auch mit den Bedürfnissen der Menschen in Salzburg einhergingen, wage sie massiv zu bezweifeln. Das Budget 2025 zeige: Die Landesregierung habe kein Verständnis für die Sorgen und Anliegen der Menschen in Salzburg. Die soziale Kälte von Schwarz-Blau zeige sich in den Zeilen dieses Budgets. Während die Menschen in Salzburg mit explodierenden Lebenshaltungskosten kämpften, setze die Regierung auf Einsparungen bei den Menschen, die es am härtesten treffe. Auch wenn es kleine Ansätze seien, habe dies auf den Alltag und das tägliche Leben der Menschen große Auswirkungen.

Die Landesregierung plane außerdem, das Budgetloch, das durch die sinkenden Bundesertragsanteile entstehe, auf Kosten der Salzburger:innen zu stopfen. Das Land wolle sich von der Salzburg AG eine zusätzliche Sonderdividende in Höhe von € 10 Mio. ausschütten lassen. Damit erhöhe sich die ursprünglich geplante Dividende von € 17 Mio. auf € 27 Mio. Diese Vorgehensweise empfinde sie als höchst ungerecht. Die hohen Strom- und Heizkosten belasteten vor allem Menschen mit geringem Einkommen. Die hohen Energiepreise führten zu enormen Gewinnen bei der Salzburg AG. Man habe wiederholt gefordert, dass sich das Land um sozial verträgliche Energiepreise kümmere und nicht nur € 27 Mio. aus der Salzburg AG herauspresse. Es freue sie, dass der Landeshauptmann der Forderung der GRÜNEN nun offenbar nachkommen wolle, wenn die Gewinne der Salzburg AG im Jahr 2024 wirklich so ausfielen, dass es Strompreissenkungen geben könne. Was sie schon sehr nachdenklich stimme, sei, dass Landeshauptmann-Stellvertreterin Svazek gesagt habe, dass alle gefordert seien, sich einzuschränken. Allerdings genehmige sich die Landesregierung eine Gehaltserhöhung während sich die Bundesregierung auf eine Nulllohnrunde für die politischen Spitzenpositionen verständigt habe. Schwarz-Blau erhöhe sich auch die Verfügungsmittel, zwar nicht viel, aber man könne es diskutieren. Es würden Verfügungsmittel erhöht für den eigenen Kaffee und die Jause, die sie jedem gönne. Aber wenn im Gegenzug dann bei Vereinen von „Treffen fürs Kaffeetrinken mit ein paar Tausend Euro“ gesprochen werde, dann sei diese Aussage zutiefst respektlos gegenüber den engagierten Mitarbeiter:innen in den Vereinen und Organisationen. Über Dienstautos wolle sie erst gar keine Worte verlieren, da könnten andere noch einmal weiterdiskutieren. Während also bei Klimaschutz, Pflege und sozialer Unterstützung gespart werde, spare Schwarz-Blau im eigenen Bereich nicht, ausgenommen in der Klubförderung. Das sei ein Aspekt der Kontrolle. Der Landtag werde seinen Beitrag leisten, aber die Regierung spare nicht bei sich. Die Salzburgerinnen und Salzburger könnten sich selber ein Bild machen, ob die eigenen Eitelkeiten hintangestellt würden, so wie es in der Rede der Landeshauptmann-Stellvertreterin geheißt habe. Die GRÜNEN forderten ein Budget, das die Menschen entlaste und gleichzeitig Lebensgrundlagen schütze, ein Budget, das sowohl das Heute als auch die Zukunft im Blick habe. Man brauche Investitionen in den Klimaschutz und die Energiewende. Jede dieser Investitionen mache Salzburg unabhängiger, schütze die Natur, schaffe Arbeitsplätze, sichere die Zukunft und mildere die Klimafolgen ab. Die GRÜNEN forderten auch schon länger eine Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen. Das wäre ein Beitrag zur Entlastung des Budgets. Auch im Sozialbereich müsse endlich Verantwortung übernommen werden. Der Heizkostenzuschuss dürfe nicht reduziert werden, der müsse erhöht werden. Weil genau die Menschen, die diesen beantragen könnten, die bräuchten ihn. Die Community Nurses dürften nicht zur Spar- und zur Verhandlungsmasse werden. Sie seien unverzichtbar für eine soziale und gerechte Pflegepolitik. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit seien keine Gegensätze. Auch wenn die Klimaschutzlandesrätin das immer wieder behaupte. Klimaschutzziele seien nicht irgendwelche Ziele, kein nice to have. Ein Budget brauche Investitionen in den Klimaschutz, in den Ausbau erneuerbarer Energien. Wenn man es gut mache, dann entlaste das die Menschen langfristig, führe zu niedrigeren Energiepreisen, auch mit Hilfe der Sanierungsförderung. Programme zur Energieeffizienz würden einkommensschwachen Haushalten helfen, ihre Energiekosten zu senken. Doch all das ignoriere die Landesregierung. Es sei gut, wenn die Salzburg AG die Unterstützung habe, dass sie ihre Gewinne

für den Ausbau der Netze und die Senkung der Energiekosten einsetzen könne. Das brauche man, denn vor allem beim Netzausbau gebe es aus den letzten Jahren einen Investitionsrückstau. Dieses Budget sei eine vertane Chance. Es sei ganz klar ein Sparbudget, auch wenn erfolglos versucht werde, es anders zu framen und von einem Konsolidierungsbudget zu sprechen. Salzburg hätte eine Vorzeigeregion für Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Innovation werden können. Man habe es in der Zeit, in der die GRÜNEN in der Regierung gewesen seien, geschafft, im Klimaschutz große Schritte voranzugehen. Gleichzeitig habe man in dieser Zeit das Budget entlastet, habe sich frei gemacht für Investitionen in der Zukunft. Das sei ja heute als positiv hervorgehoben worden. Das sei also möglich und das brauche man für Salzburg. Die GRÜNEN würden nicht müde, für eine lebenswerte Zukunft zu kämpfen. Man werde weiterhin entschlossen für ein Budget eintreten, das die Menschen entlaste und das Klima schütze. Dieses Land und seine Menschen verdieneten mehr als eine Politik, die beim Klimaschutz streiche, die soziale Kälte zeige. Dieses Budget sei ein Budget, das keine Ansage an die Zukunft sei, sondern uns in eine klimaschädliche Zukunft führe.

In der Spezialdebatte werden von den Abgeordneten Fragen zu den einzelnen Haushaltsgruppen gestellt, die durch die anwesenden Regierungsmitglieder und Expertinnen und Experten des Amtes beantwortet werden.

Haushaltsgruppe 0: Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung

Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Beschleunigung des denkmalschutz- und welterbeerträglichen Erneuerbaren Ausbaus, einen Leitfaden für Bauwerber:innen zu erstellen.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein modernes und einheitliches Immobilienmanagement zu schaffen.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Abg. Heilig-Hofbauer BA MBA bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert bei der Beschaffung von Fahrzeugen die Kriterien des Aktionsplans nachhaltige öffentliche Beschaffung vollumfänglich anzuwenden.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Klubobmann Abg. Mag. Mayer bringt folgenden Antrag gemäß § 66 GO-LT ein:

Das Salzburger Parteienförderungsgesetz, LGBL Nr 79/1981, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL Nr 48/2023, wird geändert wie folgt:

1. § 10 Abs 2 lautet:

„(2) Die Höhe der Leistungen nach Abs 1 lit a beträgt 2.553,80 € je Mitglied der Landtagspartei bzw des Landtagsklubs, ausgenommen aufgenommene Mitglieder (§ 8 Abs 4 GO-LT). Dieser Betrag ist wertgesichert, worauf § 4 Abs 4 Anwendung findet.“

2. Im § 16 wird angefügt:

„(9) § 10 Abs 2 in der Fassung des Gesetzes LGBL Nr. /2024 tritt mit 1. Jänner 2025 in Kraft.“

Klubvorsitzender Abg. Dr. Maurer MBA stellt fest, dass sich die SPÖ nicht grundsätzlich gegen Einsparungen - auch in der Parteienförderung - ausspreche. Kritisiert werde jedoch, dass im Vorfeld zu wenig kommuniziert worden sei. Da durch die Kürzung der Geldmittel für die Klubs auch die Möglichkeiten der Kontrolle beschränkt würden, könne die SPÖ diesem Antrag nicht zustimmen.

Dieser Antrag wird mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN gegen die Stimmen der SPÖ - sohin mehrstimmig - angenommen.

Als Berichterstatter wird Klubobmann Abg. Mag. Mayer namhaft gemacht.

Die Haushaltsgruppe 0 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 341.072.100,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 457.032.600,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 1: Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Die Haushaltsgruppe 1 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 14.349.600,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 14.333.400,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 2: Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die im LVA 2025 geplanten Kürzungen im Bereich „Sport in der schulischen Tagesbetreuung“ rückgängig zu machen und die Finanzierung deutlich zu erhöhen. Nur durch parallele Förderung von Projekten wie „Sport in der schulischen

Tagesbetreuung“ und der „Täglichen Bewegungseinheit“ kann gewährleistet werden, dass Kinder ausreichend Zugang zu vielfältigen und regelmäßigen Bewegungsangeboten erhalten.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Abg. Heilig-Hofbauer BA MBA bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Mittel aus dem Zukunftsfonds des Bundes für die Elementarpädagogik zu 100 % zweckgebunden an die Gemeinden weiterzuleiten, um die Finanzierung und den Ausbau der Kinderbetreuung zu gewährleisten.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Die Haushaltsgruppe 2 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 231.874.000,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 227.059.200,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 3: Kunst, Kultur und Kultus

Die Haushaltsgruppe 3 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 68.346.100,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 81.068.100,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 4: Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

Klubobmann Abg. Mag. Mayer bringt folgenden Antrag gemäß § 66 GO-LT ein:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, entsprechende Maßnahmen und Reformen zu entwickeln, welche für eine generationengerechte und sozial verträgliche Finanzierung des Netzausbaus, eine faire Gestaltung der Netzentgelte und Reduktion der Abgaben sorgen sowie die Salzburgerinnen und Salzburger bei den Stromkosten entlasten.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Als Berichterstatter wird Abg. Ing. Wallner namhaft gemacht.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Stellungnahmen zur Wohnbauförderungsverordnung 2024 den Mitgliedern des Landtags zu übermitteln und
2. analog zu den Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen - auch Stellungnahmen zu Verordnungsentwürfen auf der Homepage des Landes zu veröffentlichen.

Dieser Entschließungsantrag wird von Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA im weiteren Verlauf der Diskussion jedoch wieder zurückgezogen.

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert die Kürzung des Heizkostenzuschusses zurückzunehmen.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Möglichkeiten zu schaffen um Assistenznehmer:innen bei der Suche und der Anstellung einer persönlichen Assistenz besser zu unterstützen.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Abg. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Humer-Vogl bringt folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Landesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass Streetwork-Projekte wie jene im Ennspongau künftig nachhaltig durch das Land Salzburg gefördert werden.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Die Haushaltsgruppe 4 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 354.715.900,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 324.406.800,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 5: Gesundheit

Die Haushaltsgruppe 5 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 691.382.000,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 687.051.200,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Die Haushaltsgruppe 6 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 220.518.700,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 249.696.600,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 7: Wirtschaftsförderung

Die Haushaltsgruppe 7 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 94.155.600,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 94.082.800,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 8: Dienstleistungen

Die Haushaltsgruppe 8 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 610.700,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von minus € 1.532.000,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Haushaltsgruppe 9: Finanzwirtschaft

Klubvorsitzender Abg. Dr. Maurer MBA bringt einen Entschließungsantrag ein, der auf Vorschlag von Klubobmann Abg. Dr. Schöppl noch um die Wortfolge „nach Möglichkeit“ ergänzt wird:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, sich bei der Salzburg AG dafür einzusetzen, dass es bei Privathaushalten nach Möglichkeit zu keinen Abschaltungen (Gas, Strom etc.) aufgrund eines etwaigen Zahlungsrückstands kommt.

Dieser Entschließungsantrag wird einstimmig angenommen.

Die Haushaltsgruppe 9 wird im Ergebnishaushalt mit einem Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von plus € 1.616.868.100,-- und im Finanzierungshaushalt mit einem Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung in Höhe von plus € 2.136.322.200,-- mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Vorsitzende lässt sodann über den gesamten Landeshaushalt 2025 abstimmen und eröffnet dafür die Spezialdebatte über das Landeshaushaltsgesetz 2025 - LHG 2025 (Artikel 1 der Regierungsvorlage) und zum Allgemeinen Landeshaushaltsgesetz 2018 - ALHG 2018 (Artikel 2 der Regierungsvorlage).

Spezialdebatte zum Landeshaushaltsgesetz 2025, Artikel 1 der Regierungsvorlage, in der Fassung des Abänderungsantrages:

§ 1 Landesvoranschlag für das Jahr 2025

Der Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Haushaltsjahr 2025 weist folgende Gesamtbeiträge aus:

Ergebnishaushalt:

Erträge	€ 3.783.380.800,--
---------	--------------------

Aufwendungen	€ 4.183.537.400,--
--------------	--------------------

somit ein Nettoergebnis nach Zuweisung und Entnahme von Haushaltsrücklagen in Höhe von minus € 400.156.600,-- sowie

Finanzierungshaushalt:

Einzahlungen	€ 4.425.978.700,--
--------------	--------------------

Auszahlungen	€ 4.425.919.200,--
--------------	--------------------

somit einen Geldfluss aus der VA-wirksamen Gebarung in Höhe von plus € 59.500,--

§ 1 (Landesvoranschlag für das Jahr 2025) wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

§ 2 (Mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung)

Gemäß Art 15 Abs 1 des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 wird für die Jahre 2026 bis 2029 folgende, auf der Gliederung des Anhanges 2 zum Österreichischen Stabilitätspakt 2012 basierende rechtlich verbindliche mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung festgelegt:

Voranschlagsquerschnitt für das Bundesland Salzburg für die Jahre 2025 bis 2029

	Voranschlag	Finanzvorschau			
	2025	2026	2027	2028	2029
	Summe ohne Quasi-KGs	Summe ohne Quasi-KGs	Summe ohne Quasi-KGs	Summe ohne Quasi-KGs	Summe ohne Quasi-KGs
(in Mio. EUR)					
Mittelaufbringung (Erträge bzw. Einzahlungen und erhaltene Kapitaltransfers)					
10 Einzahlungen aus eigenen Abgaben	206,36	217,84	230,51	238,02	245,92
11 Erträge aus Ertragsanteilen	1.474,69	1.507,80	1.562,09	1.615,89	1.671,29
12 Erträge aus Leistungen, Besitz und wirtschaftl. Tätigkeit	140,29	143,09	145,69	148,60	151,57
13 Erträge aus Veräußerungen und sonstige Erträge	700,45	717,79	735,57	753,78	772,45
14 Nicht finanzierungswirksame operative Erträge					
15 Erträge aus Transfers	1.126,39	1.145,84	1.170,83	1.195,05	1.152,41
16 Finanzerträge	51,45	40,12	39,58	39,07	38,36
17 Erhaltene Kapitaltransfers	12,77	2,63	2,63	2,63	2,63
Summe 1 (Mittelaufbringung bereinigt)	3.712,40	3.775,12	3.886,90	3.993,05	4.034,63
Mittelverwendung (Aufwendungen)					
20 Finanzierungswirksamer Personalaufwand	1.312,69	1.344,83	1.378,32	1.412,66	1.447,85
21 Finanzierungswirksamer Sachaufwand	219,81	217,05	213,80	206,40	204,65
22 Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen, Rückstell.					
23 Transferaufwand	2.418,14	2.515,23	2.563,57	2.604,00	2.653,19
24 Finanzaufwand	44,83	58,76	72,00	87,80	102,18
29 Summe 2 (Mittelverwendung bereinigt)	3.995,47	4.135,86	4.227,69	4.310,85	4.407,87
Vermögensbildung (Sachanlagevermögen), inkl. Vorräte					
30 Immaterielle Vermögenswerte und Sachanl. (Zug./Ausz.)	197,38	189,41	59,86	62,13	74,87
31 Immaterielle Vermögenswerte und Sachanl. (Abg./Einz.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
32 Vorräte (Saldo/Auszahlungen)	0,36	0,36	0,36	0,37	0,37
39 Summe 3 (Vermögensbildung bereinigt)	197,73	189,77	60,22	62,50	75,24
49 Saldo	-480,81	-550,51	-401,02	-380,30	-448,48
Überrechnung Quasi-Kapitalgesellschaften (Quasi-KG)	-6,90	-12,70	-9,54	-2,82	1,81
60 FINANZIERUNGSSALDO	-487,71	-563,22	-410,56	-383,12	-446,67

Krankenanstalten (im wirtschaftlichen Eigentum des Landes, unabhängig von ihrer Rechtsform)

	in Mio. EUR				
Verbindlichkeiten am Jahresende:					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7,19	15,22	15,27	15,27	15,27
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land/der Gemeinde	30,59	30,59	30,59	30,59	30,59
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30
Alle oben nicht erfassten Verbindlichkeiten (einschl. Rückstell.)	549,64	549,64	549,64	549,64	549,64
Summe Verbindlichkeiten	587,73	595,75	595,80	595,80	595,80
Personal:					
Jahresdurchschnitt der Vollbeschäftigungsäquivalente	5.650	5.650	5.650	5.650	5.650

Landesimmobiliengesellschaft

	in EUR				
Verbindlichkeiten am Jahresende:					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land/der Gemeinde	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0
Summe Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0
Personal:					
Jahresdurchschnitt der Vollbeschäftigungsäquivalente	0	0	0	0	0

Die vorstehenden Tabellen stellen eine Grobplanung im Sinne des Art 15 Abs 1 des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 dar, weswegen sich im Einzelfall die jeweiligen Daten nur aus wichtigen Gründen (§ 5 Abs 3 des Allgemeinen Landeshaushaltsgesetzes 2018) ändern können.

§ 2 (Mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung) wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

§ 3 (Haftungsobergrenzen)

Gemäß den §§ 31 Abs 2 und § 45 Abs 8 ALHG 2018 werden für die Jahre 2025 bis 2029 die folgenden zulässigen Haftungsobergrenzen festgelegt (Beträge in Mio Euro):

	Ausgangswert für 2025	Schätzwert für 2026	Schätzwert für 2027	Schätzwert für 2028	Schätzwert für 2029
Einzahlungen Abschnitte 92 und 93 im zweitvoran- gegangenen Jahr	1.504,7	1.573,3	1.564,4	1.604,4	1.666,7
Haftungsobergrenze (=175% davon)	2.633,2	2.753,3	2.737,7	2.807,7	2.916,8

§ 3 (Haftungsobergrenzen) wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

§ 4 (Ermächtigung der Landesregierung zur Vornahme von Umschuldungen und vorzeitigen Tilgungen)

Die Landesregierung wird ermächtigt, wenn dies aus Gründen der Risikoreduktion (Kredit-, Markt- oder Reputationsrisiko) für das Land oder aus Gründen besonders günstiger vorzeitiger Rückzahlungskonditionen für das Land vorteilhaft ist, Umschuldungen und vorzeitige Tilgungen vorzunehmen, indem Finanzschulden vorzeitig zurückgezahlt werden dürfen, sofern die dadurch gleichzeitig erforderlich werdende Darlehensneuaufnahme niedriger oder jedenfalls nicht höher ist als das Tilgungsausmaß (Kapital, Zinsen, Gebühren) der vorzeitigen Rückzahlung oder gar keine Darlehensneuaufnahme erforderlich ist. Wenn die vorgenannten Bedingungen eingehalten werden, dürfen die Darlehensaufnahmeermächtigungen und das Tilgungsausmaß beim Haushaltsansatz 95000 (Schuldenmanagement) in diesem Ausmaß überschritten werden. Eine Erhöhung des Schuldenstandes des Landes ist in diesem Zusammenhang unzulässig. Außerdem ist darauf Bedacht zu nehmen, dass sich durch solche Umschuldungen insgesamt gesehen keine substantiellen Verlängerungen der Laufzeiten der Finanzschulden des Landes ergeben.

§ 4 (Ermächtigung der Landesregierung zur Vornahme von Umschuldungen und vorzeitigen Tilgungen) wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

§ 5 (In- und Außerkrafttreten)

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Jänner 2025 in Kraft und verliert mit Ausnahme der §§ 2 und 3 mit Ablauf des 31. Dezember 2025 seine Wirksamkeit.

(2) Die §§ 2 und 3 treten erst nach Maßgabe des Inkrafttretens einer neuen rechtlich verbindlichen mittelfristigen Orientierung der Haushaltsführung bzw Festlegung der Haftungsobergrenzen außer Kraft.

§ 5 (In- und Außerkrafttreten) wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

LANDESVORANSCHLAG 2025

Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen auf erster Ebene für den Gesamthaushalt

Ergebnisvoranschlag für den Gesamthaushalt

(in EUR)		
MVAG	Bezeichnung	VA 2025
Erträge		
211	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2.584.240.400
212	Erträge aus Transfers	1.127.269.900
213	Finanzerträge	71.870.500
21	Summe Erträge	3.783.380.800
Aufwendungen		
221	Personalaufwand	1.317.469.400
222	Sachaufwand (ohne Transferaufwand)	317.216.000
223	Transferaufwand (lauf. Transfers u. Kapitaltransfers)	2.452.608.800
224	Finanzaufwand	96.243.200
22	Summe Aufwendungen	4.183.537.400
Nettoergebnis (21 - 22)		-400.156.600
230 Zuweisungen und Entnahmen von Haushaltsrücklagen		
Nettoerg. nach Zuw. und Entn. v. HaushaltsRL		
(Saldo 0+/-230)		-400.156.600

Finanzierungsvoranschlag für den Gesamthaushalt

Ebene Bereichs-/Globalbudgets (MVAG-Ebene 1)

(in EUR)

MVAG	Bezeichnung	VA 2025
Operative Gebarung		
Einzahlungen		
311	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2.537.669.500
312	Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)	1.119.221.000
313	Einzahlungen aus Finanzerträgen	55.041.700
31	Summe Einzahlungen operative Gebarung	3.711.932.200
Auszahlungen		
321	Auszahlungen aus Personalaufwand	1.317.135.200
322	Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)	228.536.300
323	Auszahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)	2.056.227.900
324	Auszahlungen aus Finanzaufwand	57.354.200
32	Summe Auszahlungen operative Gebarung	3.659.253.600
Saldo (1) Geldfluss aus der op. Gebarung (31 - 32)		52.678.600
Investive Gebarung		
Einzahlungen		
331	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	118.400
332	Einzahl. a.d. Rückz. v. Darlehen sow. gew. Vorschüssen	84.160.400
333	Einzahlungen aus Kapitaltransfers	12.767.700
33	Summe Einzahlungen investive Gebarung	97.046.500
Auszahlungen		
341	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	207.125.300
342	Auszahlungen von gew. Darlehen sowie gew. Vorschüssen	77.108.100
343	Auszahlungen aus Kapitaltransfers	361.916.200
34	Summe Auszahlungen investive Gebarung	646.149.600
Saldo (2) Geldfluss aus der inv. Gebarung (33 - 34)		-549.103.100
Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)		-496.424.500
Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen		
351	Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	607.000.000
352	Einzahl. a.d. Aufnahme v. z. Kassenst. eingeg. Geldverb.	
353	Einzahl. inf. e. Kap.tausch bei deriv. Fin.instr. mit GG	
355	Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzinstrumenten	10.000.000
35	Summe Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	617.000.000
Auszahlungen		
361	Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	120.516.000
362	Auszahl. zur Tilgung v.z. Kassenstärk. eingeg. Geldverb.	
363	Auszahl. inf. e. Kap.tausch b. deriv. Fin.inst. mit GG	
365	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzinstrumenten	
36	Summe Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	120.516.000
Saldo (4) Geldfluss aus der Finanz.tätigkeit (35 - 36)		496.484.000
Saldo (5) Geldfluss a.d. voranschlagswirk. Geb. (Saldo 3 + Saldo 4)		59.500

Artikel 1 wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Spezialdebatte zum Allgemeinen Landeshaushaltsgesetz 2018 - ALHG 2018, Artikel 2 der Regierungsvorlage, in der Fassung des Abänderungsantrages:

Artikel 2

Das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz 2018, - ALHG 2018, LGBL Nr 10/2018, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL Nr 12/2024, wird geändert wie folgt:

1. Im § 46 wird angefügt:

„(5) § 47 Abs 5 in der Fassung des Gesetzes LGBL Nr XX/2025 tritt mit 1. Jänner 2025 in Kraft.“

2. Im § 47 werden folgende Änderungen vorgenommen:

2.1 Im Absatz 5 wird die Jahreszahl „2024“ durch die Jahreszahl „2025“ ersetzt.

Ziffer 1. wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Ziffer 2. wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Abänderungsantrag zu Nr. 111 der Beilagen wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Der Finanzausschuss stellt mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Landesvoranschlag für das Jahr 2025, unter Berücksichtigung der von der Salzburger Landesregierung vorgelegten Austauschblätter sowie ein Gesetz, mit dem der Landeshaushalt für das Haushaltsjahr 2025, die mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung für die Jahre 2026 - 2029 und Haftungsobergrenzen festgelegt werden (Landeshaushaltsgesetz 2025 - LHG 2025) und das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz 2018 (ALHG 2018) geändert wird, werden unter Maßgabe folgender Änderungen zum Beschluss erhoben:

Artikel 1

Landesvoranschlag für das Jahr 2025

§ 1

(1) Der Haushaltsplan (Landesvoranschlag) für das Haushaltsjahr 2025 wird mit folgenden Gesamtbeträgen festgesetzt:

Ergebnishaushalt:

Erträge	EUR 3.783.380.800
---------	-------------------

Aufwendungen	EUR 4.183.537.400
--------------	-------------------

Finanzierungshaushalt:

Einzahlungen	EUR 4.425.978.700
--------------	-------------------

Auszahlungen	EUR 4.425.919.200
--------------	-------------------

(2) Die einzelnen Haushaltsansätze, Abschnitte und Gruppen des Finanzierungshaushaltes ergeben sich aus dem Landesvoranschlag, der Bestandteil dieses Gesetzes ist.

Mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung

§ 2

Gemäß Art 15 Abs 1 des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 wird für die Jahre 2026 bis 2029 folgende, auf der Gliederung des Anhanges 2 zum Österreichischen Stabilitätspakt 2012 basierende rechtlich verbindliche mittelfristige Orientierung der Haushaltsführung festgelegt:

Voranschlagsquerschnitt für das Bundesland Salzburg für die Jahre 2025 bis 2029

	Voranschlag	Finanzvorschau			
	2025	2026	2027	2028	2029
	Summe ohne Quasi-KGs	Summe ohne Quasi-KGs	Summe ohne Quasi-KGs	Summe ohne Quasi-KGs	Summe ohne Quasi-KGs
(in Mio. EUR)					
Mittelaufbringung (Erträge bzw. Einzahlungen und erhaltene Kapitaltransfers)					
10 Einzahlungen aus eigenen Abgaben	206,36	217,84	230,51	238,02	245,92
11 Erträge aus Ertragsanteilen	1.474,69	1.507,80	1.562,09	1.615,89	1.671,29
12 Erträge aus Leistungen, Besitz und wirtschaftl. Tätigkeit	140,29	143,09	145,69	148,60	151,57
13 Erträge aus Veräußerungen und sonstige Erträge	700,45	717,79	735,57	753,78	772,45
14 Nicht finanzierungswirksame operative Erträge					
15 Erträge aus Transfers	1.126,39	1.145,84	1.170,83	1.195,05	1.152,41
16 Finanzerträge	51,45	40,12	39,58	39,07	38,36
17 Erhaltene Kapitaltransfers	12,77	2,63	2,63	2,63	2,63
Summe 1 (Mittelaufbringung bereinigt)	3.712,40	3.775,12	3.886,90	3.993,05	4.034,63
Mittelverwendung (Aufwendungen)					
20 Finanzierungswirksamer Personalaufwand	1.312,69	1.344,83	1.378,32	1.412,66	1.447,85
21 Finanzierungswirksamer Sachaufwand	219,81	217,05	213,80	206,40	204,65
22 Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen, Rückstell.					
23 Transferaufwand	2.418,14	2.515,23	2.563,57	2.604,00	2.653,19
24 Finanzaufwand	44,83	58,76	72,00	87,80	102,18
29 Summe 2 (Mittelverwendung bereinigt)	3.995,47	4.135,86	4.227,69	4.310,85	4.407,87
Vermögensbildung (Sachanlagevermögen), inkl. Vorräte					
30 Immaterielle Vermögenswerte und Sachanl. (Zug./Ausz.)	197,38	189,41	59,86	62,13	74,87
31 Immaterielle Vermögenswerte und Sachanl. (Abg./Einz.)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
32 Vorräte (Saldo/Auszahlungen)	0,36	0,36	0,36	0,37	0,37
39 Summe 3 (Vermögensbildung bereinigt)	197,73	189,77	60,22	62,50	75,24
49 Saldo	-480,81	-550,51	-401,02	-380,30	-448,48
Überrechnung Quasi-Kapitalgesellschaften (Quasi-KG)	-6,90	-12,70	-9,54	-2,82	1,81
60 FINANZIERUNGSSALDO	-487,71	-563,22	-410,56	-383,12	-446,67
Krankenanstalten (im wirtschaftlichen Eigentum des Landes, unabhängig von ihrer Rechtsform)					
	in Mio. EUR				
Verbindlichkeiten am Jahresende:					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7,19	15,22	15,27	15,27	15,27
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land/der Gemeinde	30,59	30,59	30,59	30,59	30,59
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,30	0,30	0,30	0,30	0,30
Alle oben nicht erfassten Verbindlichkeiten (einschl. Rückstell.)	549,64	549,64	549,64	549,64	549,64
Summe Verbindlichkeiten	587,73	595,75	595,80	595,80	595,80
Personal:	in VZÄ				
Jahresdurchschnitt der Vollbeschäftigungsäquivalente	5.650	5.650	5.650	5.650	5.650

Landesimmobiliengesellschaft

	in EUR				
Verbindlichkeiten am Jahresende:					
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land/der Gemeinde	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0
Summe Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0
Personal:	in VZÄ				
Jahresdurchschnitt der Vollbeschäftigungsäquivalente	0	0	0	0	0

Die vorstehenden Tabellen stellen eine Grobplanung im Sinne des Art 15 Abs 1 des Österreichischen Stabilitätspaktes 2012 dar, weswegen sich im Einzelfall die jeweiligen Daten nur aus wichtigen Gründen (§ 5 Abs 3 des Allgemeinen Landeshaushaltsgesetzes 2018) ändern können.

Haftungsobergrenzen

§ 3

Gemäß den §§ 31 Abs 2 und § 45 Abs 8 ALHG 2018 werden für die Jahre 2025 bis 2029 die folgenden zulässigen Haftungsobergrenzen festgelegt (Beträge in Mio Euro):

	Ausgangswert für 2025	Schätzwert für 2026	Schätzwert für 2027	Schätzwert für 2028	Schätzwert für 2029
Einzahlungen Abschnitte 92 und 93 im zweitvoran- gegangenen Jahr	1.504,7	1.573,3	1.564,4	1.604,4	1.666,7
Haftungsobergrenze (=175% davon)	2.633,2	2.753,3	2.737,7	2.807,7	2.916,8

Ermächtigung der Landesregierung zur Vornahme von Umschuldungen und vorzeitigen Tilgungen

§ 4

Die Landesregierung wird ermächtigt, wenn dies aus Gründen der Risikoreduktion (Kredit-, Markt- oder Reputationsrisiko) für das Land oder aus Gründen besonders günstiger vorzeitiger Rückzahlungskonditionen für das Land vorteilhaft ist, Umschuldungen und vorzeitige Tilgungen vorzunehmen, indem Finanzschulden vorzeitig zurückgezahlt werden dürfen, sofern die dadurch gleichzeitig erforderlich werdende Darlehensneuaufnahme niedriger oder jedenfalls nicht höher ist als das Tilgungsausmaß (Kapital, Zinsen, Gebühren) der vorzeitigen Rückzahlung oder gar keine Darlehensneuaufnahme erforderlich ist. Wenn die vorgenannten Bedingungen eingehalten werden, dürfen die Darlehensaufnahmeermächtigungen und das Tilgungsausmaß beim Haushaltsansatz 95000 (Schuldenmanagement) in diesem Ausmaß überschritten werden. Eine Erhöhung des Schuldenstandes des Landes ist in diesem Zusammenhang unzulässig. Außerdem ist darauf Bedacht zu nehmen, dass sich durch solche Umschuldungen insgesamt gesehen keine substanziellen Verlängerungen der Laufzeiten der Finanzschulden des Landes ergeben.

In- und Außerkrafttreten

§ 5

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. Jänner 2025 in Kraft und verliert mit Ausnahme der §§ 2 und 3 mit Ablauf des 31. Dezember 2025 seine Wirksamkeit.

(2) Die §§ 2 und 3 treten erst nach Maßgabe des Inkrafttretens einer neuen rechtlich verbindlichen mittelfristigen Orientierung der Haushaltsführung bzw Festlegung der Haftungsobergrenzen außer Kraft.

LANDESVORANSCHLAG 2025

Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen auf erster Ebene für den Gesamthaushalt

Ergebnisvoranschlag für den Gesamthaushalt

(in EUR)		
MVAG	Bezeichnung	VA 2025
Erträge		
211	Erträge aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2.584.240.400
212	Erträge aus Transfers	1.127.269.900
213	Finanzerträge	71.870.500
21	Summe Erträge	3.783.380.800
Aufwendungen		
221	Personalaufwand	1.317.469.400
222	Sachaufwand (ohne Transferaufwand)	317.216.000
223	Transferaufwand (lauf. Transfers u. Kapitaltransfers)	2.452.608.800
224	Finanzaufwand	96.243.200
22	Summe Aufwendungen	4.183.537.400
Nettoergebnis (21 - 22)		-400.156.600
230	Zuweisungen und Entnahmen von Haushaltsrücklagen	
Nettoerg. nach Zuw. und Entn. v. HaushaltsRL		
(Saldo 0+/-230)		-400.156.600

Finanzierungsvoranschlag für den Gesamthaushalt

Ebene Bereichs-/Globalbudgets (MVAG-Ebene 1)

(in EUR)

MVAG	Bezeichnung	VA 2025
Operative Gebarung		
Einzahlungen		
311	Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit	2.537.669.500
312	Einzahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)	1.119.221.000
313	Einzahlungen aus Finanzerträgen	55.041.700
31	Summe Einzahlungen operative Gebarung	3.711.932.200
Auszahlungen		
321	Auszahlungen aus Personalaufwand	1.317.135.200
322	Auszahlungen aus Sachaufwand (ohne Transferaufwand)	228.536.300
323	Auszahlungen aus Transfers (ohne Kapitaltransfers)	2.056.227.900
324	Auszahlungen aus Finanzaufwand	57.354.200
32	Summe Auszahlungen operative Gebarung	3.659.253.600
Saldo (1) Geldfluss aus der op. Gebarung (31 - 32)		52.678.600
Investive Gebarung		
Einzahlungen		
331	Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	118.400
332	Einzahl. a.d. Rückz. v. Darlehen sow. gew. Vorschüssen	84.160.400
333	Einzahlungen aus Kapitaltransfers	12.767.700
33	Summe Einzahlungen investive Gebarung	97.046.500
Auszahlungen		
341	Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	207.125.300
342	Auszahlungen von gew. Darlehen sowie gew. Vorschüssen	77.108.100
343	Auszahlungen aus Kapitaltransfers	361.916.200
34	Summe Auszahlungen investive Gebarung	646.149.600
Saldo (2) Geldfluss aus der inv. Gebarung (33 - 34)		-549.103.100
Saldo (3) Nettofinanzierungssaldo (Saldo 1 + Saldo 2)		-496.424.500
Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen		
351	Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzschulden	607.000.000
352	Einzahl. a.d. Aufnahme v. z. Kassenst. eingeg. Geldverb.	
353	Einzahl. inf. e. Kap.tausch bei deriv. Fin.instr. mit GG	
355	Einzahlungen aus dem Abgang von Finanzinstrumenten	10.000.000
35	Summe Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	617.000.000
Auszahlungen		
361	Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzschulden	120.516.000
362	Auszahl. zur Tilgung v.z. Kassenstärk. eingeg. Geldverb.	
363	Auszahl. inf. e. Kap.tausch b. deriv. Fin.inst. mit GG	
365	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzinstrumenten	
36	Summe Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit	120.516.000
Saldo (4) Geldfluss aus der Finanz.tätigkeit (35 - 36)		496.484.000
Saldo (5) Geldfluss a.d. voranschlagswirk. Geb. (Saldo 3 + Saldo 4)		59.500

Artikel 2

Das Allgemeine Landeshaushaltsgesetz 2018, - ALHG 2018, LGBL Nr 10/2018, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL Nr 12/2024, wird geändert wie folgt:

1. Im § 46 wird angefügt:

„(5) § 47 Abs 5 in der Fassung des Gesetzes LGBL Nr XX/2025 tritt mit 1. Jänner 2025 in Kraft.“

2. Im § 47 werden folgende Änderungen vorgenommen:

2.1 Im Absatz 5 wird die Jahreszahl „2024“ durch die Jahreszahl „2025“ ersetzt.

2. Die Einhaltung der Grundsätze des § 2a des Bundesfinanzierungsgesetzes (BFinG) wird bestätigt.

Salzburg, am 4. Dezember 2024

Der Vorsitzende:

HR Prof. Dr. Schöchl eh.

Der Berichterstatter:

Mag. Mayer eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 18. Dezember 2024:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.